55. JAHRGANG · NUMMER 2 · 3. MAI 2014 · EUR 2,00

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Machtpoker um die Ukraine

Der Konflikt um die Ukraine zwischen den EU-Staaten und den USA auf der einen und Russland auf der anderen Seite hat seine Wurzeln im Zusammenbruch und Zerfall der Sowjetunion Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Der russische Präsidenten Wladimir Putin sah im Ende der Sowjetunion die *»größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts«.* In jedem Falle eröffnete der Kollaps des sozialistischen Lagers eine neue Runde des »Großen Spiels« um Einflusssphären zwischen den Weltmächten, wie wir sie seitdem erleben. Die deutsche Wiedervereinigung, die Zerschlagung Jugoslawiens in kleine Teilstaaten, die Integration des Baltikums und die geplante Ausweitung der Europäischen Union und der Nato bis hart an die Grenzen Russlands – all das bedeutet eine vollständige Revision der geopolitischen Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs in Europa.

Der Kiewer Maidan und »Donbass-Rossija«

Der Protest des Kiewer Maidan hatte von Anfang an eine klare Stoßrichtung – auf die Europäische Union hin. Das im Raum stehende Assoziierungsabkommen mit der EU, dessen Unterzeichnung die Regierung Janukowitsch verweigert hatte, weckte vor allem im Westen der Ukraine die Hoffnung vieler Menschen, dass es nach Jahren des wirtschaftlichen Niedergangs wieder aufwärts gehen würde. Es fiel auf, in welch starkem Maße der Protest auf dem Maidan fast von Anfang an zentral gesteuert wurde – herausragendes Sinnbild dafür war die sündhaft teure Bühne mitsamt ihrer professionellen Beschallungsanlage. Aber ebenso stand dafür das Dreigestirn aus neofaschistischer Partei Swoboda (»Freiheit«), der Vaterlands-Partei des Oligarchenklüngels um Julia Timoschenko und »Udar«-Partei von Witali Klitschko, die der CDU und der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament nahe steht. Deren Repräsentanten beherrschten in der internationalen öffentlichen Wahrnehmung die Bühne. Der Kontrast zu spontanen Volksaufständen, wie etwa in der »Arabellion«, konnte größer kaum sein.

Die Massenproteste hatten gleichwohl selbständige Wurzeln in der wirtschaftlichen Misere der Ukraine, in der Wut der Lohnabhängigen auf die Oligarchen, korrupte Politiker und schlechte Zukunftsaussichten. Die innere Spaltung der Ukraine zwischen einem eher agrarisch orientierten Westen und dem industrialisierten Donbass im Osten wird verstärkt durch die Erinnerungen an die Kriegszeit, wo im Westen die ukrainischen Partisanen auch gegen die prosowjetischen ostukrainischen Partisanen und die Sowjettruppen kämpften. Viele Westukrainer zeigen sich an der EU interessiert, von der sie sich eine Perspektive für ein besseres Leben erhoffen. Sie sahen im Assoziierungsabkommen mit der EU, das Ende November 2013 unterzeichnet werden sollte, eine Perspektive für ein besseres Leben[1]. Im Osten dagegen haben, so der FAZ-Korrespondent Konrad Schuller; *»...Kiew die Leute hier nie vertraut und den Oligarchen wollen viele jetzt nicht mehr folgen – so bleibt als Fluchtpunkt nur Moskau. ‹Donbass-Rossija› ist deshalb am Wochenende der Schlachtruf des Tages gewesen.«* (FAZ 12.03.2014)

Zur Regierungsbildung 2013

Gas-Lieferungen aus Russland

Faschisten in Kiew

Gauck-Rede: Sicherheitskonferenz

Streik bei der PIN-AG, Berlin

1) Aus der Sicht der damaligen ukrainischen Regierungen standen EU-Assoziierung einerseits und Zollunion mit Russland andererseits alternativ zueinander. Der damalige ukrainische Botschafter in Deutschland, Pavlo Klimkim, äußerte im Interview mit der Zeitschrift Wostok u. a.: *»... es* (gibt) *diesen politischen Konsens* (für das Assoziierungsabkommen). *Und es gibt den Konsens der Geschäftswelt. Die großen ukrainischen Konzerne und Unternehmen sind auf die europäische Integration ausgerichtet... Mit diesem Konsens ist klar, dass es neben der europäischen Option keine weitere geben kann. Mitgliedschaft in zwei Organisationen – also sowohl Freihandelszone als auch Zollunion – geht begründeterweise nicht.«* (Wostok 3/2013 S. 16)

Die herrschenden Klassen der Ukraine konnten und können die Ressentiments in weiten Kreisen der Bevölkerung zu ihren eigenen Gunsten ausnutzen. Allerdings hat sich gezeigt, dass es auch Risse im Block der Oligarchen gab und weiterhin gibt. Dabei ging es um die Profite aus dem Erdgasgeschäft mit Russland und aus den Weiterleitungsgebühren. Und heute sind die Oligarchen des Ostens in der Zwickmühle, dass sie eine Spaltung des Landes nicht wollen können, weil sie einerseits zu einer extremen Marktverengung für ihre Produkte führen würde und dass andererseits eine Integration in die EU die Industrie des Ostens mit ihrem geringen Innovationsniveau und mit Anpassungserfordernissen an die EU-Regeln und technischen Normen schnell überfordern könnte.

Hinzu kommt, dass sich in der prorussischen Bevölkerung des Ostens ein »lange unterdrückter Zorn« gegen die postsowjetischen Multimillionäre, die Stahl- und Kohlebarone des Donezker Clans Luft macht. Die Oligarchen, die nun Miene machen, mit Kiew zusammen gehen zu wollen, werden nun verhasst. *»Der lange eher diffuse Antiukrainismus des Ostens hat damit im neuen Hass gegen die milliardenschweren ‹Gangster› an der Spitze des Donezker Clans einen neuen Kristallisationspunkt gefunden. Beide Gefühle verstärken einander.«* (12.03.2014) Gleichwohl sind auch im Osten des Landes viele Menschen gegen eine Spaltung der Ukraine, weil sie wissen, dass dies ihre Lage eher verschlechtern als verbessern würde.

Entwicklungsland Ukraine

Es sind offensichtlich nicht in erster Linie wirtschaftliche Erwägungen, welche die EU dazu bewegen, um die Ukraine zu werben. Die Warenausfuhr aus dem gesamten EU-Raum belief sich 2012 auf gerade einmal 23,8 Mrd. Euro, die Einfuhr ukrainischer Waren in die EU im gleichen Zeitraum auf 14,6 Mrd. Euro. Zum Vergleich: Russland lieferte 2013 Waren im Wert von rund 23 Mrd. USD in die Ukraine, davon mehr als die Hälfte des Warenwerts Erdöl und Erdgas. Die Ukraine ist ein armes Land mit einem wachsenden negativen Außenhandelssaldo. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner, das einen groben Vergleich der Arbeitsproduktivität in verschiedenen Ländern ermöglicht, lag 2013 (kaufkraftbereinigt) mit 7.400 USD weit unter dem von Polen (21.100 USD), Russland (18.100 USD) und sogar Rumänien (13.200 USD). Die Währungsreserven sanken zwischen Januar 2011 und Januar 2014 von 36,9 Mrd. USD auf 16,1 Mrd. USD. (FAZ-Sonntag, 02.03.2014)

Auch aus Sicht Russlands stehen sicherlich nicht ökonomische Erwägungen hinsichtlich der Ukraine-Politik im Vordergrund, auch wenn es aus den Zeiten der Sowjetunion wirtschaftliche Verschränkungen vor allem in der Rüstungsproduktion gibt. Dem BIP der Ukraine von 180 Mrd. USD stand 2013 ein BIP Russlands von 2.000 Mrd. USD gegenüber. Im selben Jahr betrug der Anteil des russischen Außenhandels mit der Ukraine gerade einmal 6 Prozent. Die ukrainische Ausfuhr nach Russland besteht überwiegend aus Metallen und Stahl, also Waren, mit denen Russland selbst gut versorgt ist, bzw. wo es bereits Überkapazitäten hat. Demgegenüber ist die Ukraine von den Erdöl- und Gas-Lieferungen aus Russland existenziell abhängig. Hinzu kommt, dass die Ukraine bislang erhebliche Rabatte auf den Gaspreis erhielt (siehe S. 4), was u.a. für die Konkurrenzfähigkeit der dortigen Unternehmen von Bedeutung ist. Bislang erhielt sie je 1.000 Kubikmeter Erdgas für 269 USD, ab April 2014 wird sie nach Kündigung des Rabatts durch Gasprom 378 USD zu zahlen haben – das liegt aber immer noch unter dem Durchschnittspreis von zuletzt 383 USD für die zentraleuropäische Kundschaft.

Auch den Bemühungen der westlichen Staaten, die Ukraine finanziell an sich zu binden und die Bindungen an Russland zu schwächen, sind Grenzen gesetzt: Zwei Mal wurden in den vergangenen Jahren Kreditzahlungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) eingefroren, weil die Regierungen ihre Zusagen nicht einhielten: Das waren einmal Kredite über 16,4 Mrd. USD im Jahr 2008 an die Regierung von Premierministerin Julija Timoschenko und 2010 über 15,2 Mrd. USD unter Präsident Victor Janukowitsch. Die Regierungen hielten beidemale ihre Zusagen nicht ein, den Wechselkurs der Landeswährung Griwna freizugeben, Subventionen für den Gasverbrauch zu streichen und das Haushalts- und Handelsdefizit zu verringern. Ein Ende der Gassubventionen, die den Gaspreis auf etwa ein Fünftel des Einkaufspreises reduzieren, würde für die breite Bevölkerung wie auch für die Betriebe große Härten mit sich bringen. Kurz: Die Souveränität der Ukraine steht auf schwachen Füßen und es ist sehr wohl möglich, dass ein Übergang in die Abhängigkeit von IWF und EU-Geldgebern, wie im Falle Griechenlands, dem sprichwörtlichen Wechsel vom Regen in die Traufe gleich kommt.

Die Zuspitzung des Konflikts auf die Krim

Es ist derzeit nicht absehbar, welche Kräfte innerhalb der Ukraine sich landesweit durchsetzen werden; ob es zu einer Spaltung des Landes in einen östlichen und einen westlichen Teil kommen könnte, vielleicht in der Folge eines Bürgerkriegs. Das hängt nicht nur von den Ukrainern selbst ab, sondern auch vom Agieren der großen Mächte, der Nato-Staaten und Russlands. Deutlich sichtbar ist allerdings, welche Konsequenzen Moskau aus dieser unsicheren Situation gezogen hat:

1954 hatte der Oberste Sowjet die russische Krim der ukrainischen Sowjetrepublik zugeschlagen. Die Gründe dafür waren innenpolitischer und verwaltungstechnischer

Heft Nr. 2 · 3. Mai 2014 · Jahrgang 55

Machtpoker um die Ukraine. 1
Subventionierung der Ukraine durch Russland mittels Gaslieferungen. 4
Faschisten in Kiew 7
Gauck vor der Sicherheitskonferenz 10
Buchbesprechung:
H. Münkler, Der große Krieg 11
Rosa Luxemburg gegen den bevorstehenden Krieg. 14
Berlin:
Streikbei der PIN-AG um Lohn und Manteltarif 15
Zur Diskussion:
Schwellenland China 17
Jugoslawien: Nato-Angriff 1999 – damals und 15 Jahre danach 21
Karin Bruhn gestorben 24

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
GFSA e.V. · Postbank Hamburg · Kto 410 077 205 · BLZ 200 100 20
IBAN: DE 28200100200410077205 · BIC: PBNKDEFF
Zuschriften nur an: »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
e-mail: **arpo.berlin@gmx.de** · Internet: **www.arbeiterpolitik.de**

Sanktionen?

Es fällt schwer, sich vorzustellen, welche harten Sanktionsmöglichkeiten die USA oder die EU gegen Russland haben sollten. Die USA haben nur unbedeutenden Handel mit Russland, sind aber in der internationalen Politik immer wieder auf die russische Regierung angewiesen. Zur Zeit ist das im Syrien-Konflikt und im sogenannten Atomstreit mit Iran der Fall. Deutschland und seine östlichen EU-Partner sind in hohem Maße auf Erdgaslieferungen aus Russland angewiesen; zum Teil vollständig, die Ukraine und Deutschland um die fünfzig Prozent. Die deutschen Unternehmer gehören zu den Haupthandelspartnern Russlands, wie vorher schon der Sowjetunion. Der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft nennt 6.200 deutsche Firmen, die in Russland aktiv sind (zum Vergleich: in China etwa 5.000 deutsche Firmen) und dort 20 Milliarden Euro investiert haben, darunter die Ikonen der deutschen Industrie, wie Siemens, Daimler, VW und BASF. Der Warenverkehr zwischen Deutschland und Russland betrug 2013 etwa 76,5 Milliarden Euro, für den Maschinenbau ist Russland der viertwichtigste Exportmarkt. Zudem steht die deutsche Exportwirtschaft nicht konkurrenzlos da – China holt im Maschinenbau zügig auf und wäre wohl in der Lage, in die Bresche zu springen. Aber auch die französischen und italienischen Unternehmer würden unter scharfen Sanktionsmaßnahmen gegen Russland leiden. Da die Rückeinverleibung der Krim ohnehin nicht zu verhindern ist und ein Wirtschaftskrieg anstelle einer militärischen Auseinandersetzung auch den Angreifer unabsehbar schädigen würde, wird es wohl eine Zeit lang bei lauter Diplomatie und eher symbolischen Aktionen bleiben, mit denen die westlichen Regierungen ihren Oppositionsparteien den Wind aus den Segeln nehmen und ihre demokratische Prinzipientreue unter Beweis stellen können.

Natur. Um das landwirtschaftliche Potential der Krim zu entwickeln, war es notwendig geworden, die unter Stalin vertriebenen Krimtataren zurück zu holen, die 1944 nach Zentralasien deportiert worden waren. Außerdem verliefen wichtige Verkehrswege und die Energieversorgung der Krim ohnehin über ukrainisches Gebiet. Folgen für die sowjetische Schwarzmeerflotte ergaben sich nicht. Ein Auseinanderbrechen der Sowjetunion konnte sich damals niemand vorstellen, weder im Westen noch im Osten.

Mit dem Jahr 1991 war eine andere Situation eingetreten. Russland konnte damit rechnen, die Ukraine, deren Wirtschaft nach wie vor eng mit der eigenen verflochten war, im eigenen Bündnisraum zu halten. Die erweiterte Ostausdehnung der EU war damals noch kein beherrschendes Thema der Weltpolitik. Als sich das nach der Jahrtausendwende änderte und insbesondere die polnischen Regierungen stets auf eine weitere Ausdehnung der EU in die Ukraine und Weißrussland pochten, beeinflussten sich äußerer Druck und innenpolitische Spannungen innerhalb der Ukraine gegenseitig und es entstand auch unter den Oligarchen ein eher EU-orientierter oder Russland-orientierter Flügel. Daraus folgte fast zwangsläufig eine Wiederbelebung von Ressentiments entlang sprachlicher bzw. ethnischer Linien, die von den politischen Kräften organisiert und ausgenutzt werden konnten.

Die von der Regierung Putin getroffene Entscheidung, die Krim nach Russland zurück zu holen, sichert die Basis der russischen Schwarzmeerflotte, ohne die Russland militärisch erheblich geschwächt wäre. Außerdem erlaubt sie günstigere Routenführungen für die geplanten Erdgas-Pipelines »South Stream« und »White Stream«. Dass dieser Schritt, der von einer Mehrheit der Krim-Bewohner mitgetragen wird, rechtlich damit begründet wird, dass der Oberste Sowjet seinerzeit nach der Verfassung nicht berechtigt gewesen sei, die Unionsgrenzen neu zu ziehen, ist eher zweitrangig. Wichtiger ist, dass er zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglich ist, ohne einen Krieg zwischen Russland und der Nato auszulösen. Einerseits ist die Legitimation der aktuellen ukrainischen Regierung nach der Flucht des Staatschefs Janukowitsch nach Russland zweifelhaft, andererseits ist die Ukraine derzeit weder Mitglied der EU noch der Nato. Die tatsächlichen Reaktionen der US-Diplomatie und ihrer Verbündeter bestätigen die Annahme, dass sie diese Annektion wohl oder übel schließlich akzeptieren werden, dafür aber einen Preis verlangen, über den zur Zeit noch verhandelt wird. Viel wahrscheinlicher ist es zur Zeit, dass das Tempo für die Integration der Ukraine (ohne die Krim) in EU und Nato beschleunigt wird, und dass so von beiden Seiten Fakten geschaffen werden, die den neuen status quo zementieren. Die ukrainische, russische und krimtatarische Bevölkerung ist in diesem Konflikt nur Spielball der streitenden Fraktionen ihrer herrschenden Klassen, solange sie nicht für eigene gesellschaftliche Perspektiven kämpft.

Zurück zum Kalten Krieg?

Niemand kann mit Gewissheit vorhersagen, ob sich nicht eine konfrontative Dynamik zwischen den Nato-Staaten unter Führung der USA und Russland entwickelt. Gegenwärtig sieht jedoch alles danach aus, als wären beide Seiten bemüht, den Konflikt einzuhegen. Moskau dadurch, dass es betont, die Einheit der Ukraine erhalten zu wollen; USA und EU, indem sie es vorerst bei eher symbolischen Sanktionen gegen Einzelpersonen und ein Handelsembargo gegen Produkte aus der Krim belassen. In dieses Bild passte sowohl Barack Obamas Auftreten beim Treffen der G 7-Gruppe und anschließend bei der Europäischen Kommission und der Nato in Brüssel, als auch der Besuch des Siemens-Vorstandsvorsitzenden Joe Kaeser bei Wladimir Putin am 26. März, wo er weitere Investitionen in Russland ankündigte.

Allerdings sind Interessenunterschiede im westlichen Bündnis unübersehbar. Außenminister Steinmeier wies betont darauf hin, es sei ein Fehler gewesen, die Ukraine zu einer Entweder-Oder-Entscheidung hinsichtlich der EU und Russlands zu drängen und damit die innere Spaltung des Landes zu vertiefen. Polen und die baltischen Staaten, die sich in einer Pufferposition zwischen dem Nato-Lager und Moskau sehen, befürworten dagegen eine aggressivere Einkreisungspolitik gegen Russland, die den territorialen Bestand ihrer eigenen Staaten absichern soll.

In Obamas Augen ist Russland nur eine Regionalmacht. Das mag den Tatsachen entsprechen. Doch bleibt Moskau auf absehbare Zeit die einzige Militärmacht auf der Welt, die in der Lage ist, den USA in der nuklearen Rüstung einschließlich der Trägersysteme und maritim annähernd auf Augenhöhe zu begegnen. Zudem ist die russische Armee kriegserprobt. Beides lässt sich derzeit von keinem anderen Land sagen, auch von China nicht. Zweifellos zahlt Russland für seinen militärischen Status einen hohen ökonomischen Preis, weil es einen großen Anteil seines Bruttoinlandsprodukts für unproduktive Militärausgaben ver-

2) Es gibt keine unstreitigen Angaben über die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung auf der Krim. Die FAZ vom 03.03.2014 meldet: 58,5 Prozent Russen, 24,4 Prozent Ukrainer, 12,1 Prozent Krimtataren. *»Nach einer Umfrage im Rahmen der Volkszählung 2001 zur Muttersprache: 77 Prozent Russisch, 11 Prozent Krimtatarisch, ca. 10 Prozent Ukrainisch. (Angaben strittig)«*

wendet, die ihm dann für Infrastruktur und Sozialleistungen fehlen. Das beeinträchtigt seine wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig, wie es auch den Untergang der Sowjetunion mit bewirkte. Allerdings zeigt – nach der Georgien-Krise – nun auch die Ukraine-Krise, dass die USA und ihre Nato-Verbündeten durchaus eine Einkreisungspolitik betreiben, die schließlich, z.B. durch Stationierung von Raketen-Abwehrsystemen unmittelbar an den russischen Grenzen, die nukleare Zweitschlagfähigkeit Moskaus aushebeln, den Gegner also schwächen soll.

Konkurrenz ist das Lebensprinzip des Kapitalismus. Sie wird durch gemeinsame Teilinteressen und Diplomatie zeitweilig abgemildert. Die USA müssen Moskau an den Verhandlungstisch holen, wenn sie ihre Konflikte mit Iran, Afghanistan und Syrien bereinigen wollen. Handelspolitische Interessen verbinden sie mit Russland nicht. Umgekehrt will Russland nicht in eine Lage geraten, wo es für seine wirtschaftliche Entwicklung allein von Chinas gutem Willen abhängig wird; dafür braucht es den Zugang zu den Märkten und den Finanzsystemen des Westens, vor allem denen Europas. Diese Gesichtspunkte sprechen dafür, dass es nicht zu einer unkontrollierten Eskalation des Krim-Konflikts kommt. Was aber, wenn es innerhalb der Ukraine entlang ethnischer bzw. sprachlicher und regionaler Linien zu Konflikten bis hin zu Bürgerkrieg kommt? Kiew befindet sich am Rande eines Staatsbankrotts, die soziale Lage breitester Schichten der Bevölkerung ist desolat; daran hat sich durch die sogenannte Übergangsregierung nichts geändert. Wirtschaftlich ist die Ukraine von ihrer Verbindung zu Russland abhängig, ihr gesamter Produktionsapparat ist nach wie vor nach Osten und nicht nach Westen ausgerichtet und sie bezieht fast alle ihre Energie aus russischen Quellen. Eine Konfrontationspolitik gleich welcher ukrainischen Regierung gegenüber Moskau würde die wirtschaftliche Krise der Ukraine verschärfen und damit zugleich die Gräben zwischen den Regionen und den Bevölkerungsgruppen vertiefen. Eine solche Entwicklung würde unweigerlich wieder zu neuerlichen Spannungen zwischen den internationalen Mächten führen, die bereits heute Beteiligte des Ukraine-Konflikts sind – eines Konflikts, der noch lange nicht gelöst, sondern erst einmal nur aufgeschoben ist.

Weder die Lohnabhängigen in der Ukraine noch die in Russland und Europa können ein Interesse daran haben, dass es zum Bürgerkrieg in der Ukraine oder zu weitergehenden militärischen Entwicklungen kommt. Allen Scharfmachern, die sich in diesem Konflikt politisch zu profilieren versuchen, müssen wir entgegentreten. 13. 04. 2014 ■

Die Subventionierung der Ukraine durch Russland

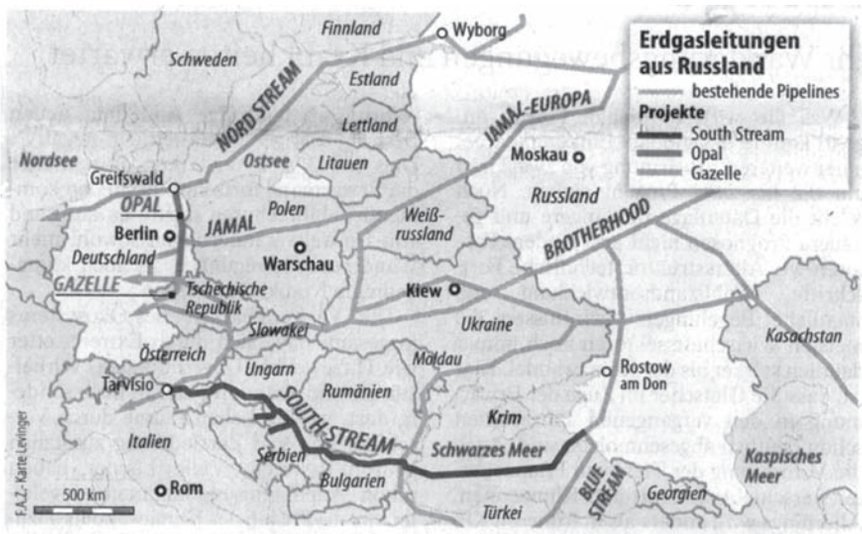
Wenn eine Ehe geschieden wird, gibt es fast immer Streit. So auch, als die Ukraine und Russland nach dem gemeinsamen Zusammenleben in der Sowjetunion getrennte Wege gingen. Wie in einer Ehe wurden auch in der Sowjetunion die gegenseitigen Zuwendungen in Form von Lieferungen und Dienstleistungen zwischen den Republiken niemals in Form von Marktpreisen erfasst und waren deshalb völlig intransparent, als nach dem Zusammenbruch der SU 1991 die Beziehungen zwischen den nunmehr selbständigen Staaten Russland und Ukraine neu geregelt werden mussten. Da beide Staaten sich zur Marktwirtschaft bekannten, hätte man vermuten können, dass sich der gegenseitige Warenaustausch auf Grundlage der üblichen Weltmarktpreise vollziehen würde. Aus unterschiedlichen Gründen vermieden beide Staaten zunächst diesen radikalen Schnitt, weil der größte Teil der Betriebe darauf nicht vorbereitet war und ähnlich wie die Kombinate der DDR kollabiert wären.

Erstmals im März 2005 gab es die Ankündigung Russlands, die alten sowjetischen Handelsmuster aufgeben zu wollen, wonach die Preise für beide Leistungen (Gaslieferungen und Transitgebühren) miteinander verrechnet wurden und häufig extrem vergünstigter, nicht marktorientierter Preispolitik unterlagen. Durch die russische Subventionierung war der Gaspreis in der Ukraine bisher deutlich niedriger als in Russland selbst. In vielen Bereichen, vor allem in der Metallindustrie, belieferte die Ukraine dadurch den russischen Markt zu Dumpingpreisen und übervorteilte so die russischen Produzenten.

Einen Teil ihres für 50 Dollar erworbenen Gases verkaufte die Ukraine für 260 Dollar zum Weltmarktpreis an Rumänien. **Gazprom subventionierte damals die ukrainische Wirtschaft mit jährlich ca. 4 Milliarden Dollar.**

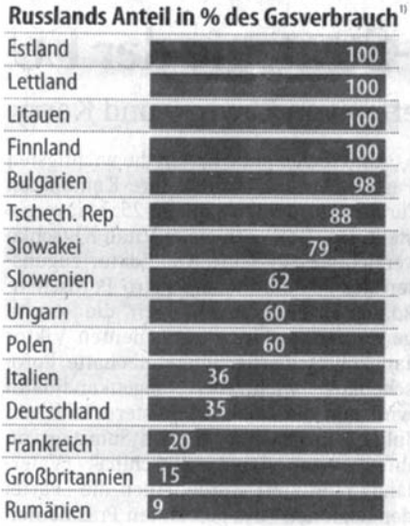
Danach eskalierte zum ersten Mal der Streit zwischen der Ukraine und Russland.

Gazprom forderte für 2006, den ukrainischen Importpreis von 50 Dollar pro 1000 Kubikmeter auf mindestens 160 Dollar pro 1000 Kubikmeter zu erhöhen. Der europäische Importpreis für 2006 betrug 247 Dollar. Als die Verhandlungen scheiterten, stellte Gazprom vom 1. bis 3. Januar die Lieferungen an die Ukraine ein, speiste allerdings das für den Transit nach Europa bestimmte Gas weiterhin in das ukrainische Leitungsnetz ein. Da die Ukraine einen Teil dieses Gases trotzdem zum Eigenbedarf entnahm, sank

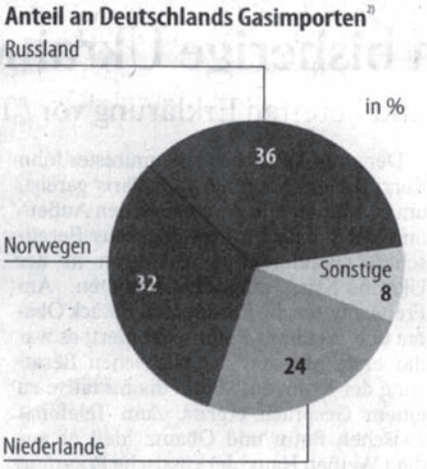


Europas Abhängigkeit vom russischen Gas

Russlands Anteil in % des Gasverbrauch[1]



Anteil an Deutschlands Gasimporten[2]



1) Angaben 2012/13. 2) Angaben 2011, Zahlen für 2012 sind nocht nicht validiiert.
Quellen: F.A.Z.-Recherche, Eurostat
F.A.Z.-Grafik Niebel

der Druck in den Transitleitungen, erhielten die ostmitteleuropäischen Staaten mehrere Tage reduzierte Gasmengen. Nach der Einigung zahlte die Ukraine 95 Dollar pro 1000 m³. Für den Transit zahlte Russland der Ukraine 1,5 Milliarden Dollar Transitgebühren, ca. ein Drittel der Erdgasrechnung. Die Krise bewies nach Simon Pirani, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Oxford Institute for Energy Studies, dass Russland angesichts des Transitmonopols der Ukraine größte Schwierigkeiten hatte, den Gaspreis anzuheben, hingegen die Ukraine schnell bereit war, ihre Verpflichtungen aus dem Transitvertrag zu verletzen.

Westliche Politiker hingegen deuteten den Schritt politisch als Rache für die »Orangene Revolution« in der Ukraine und überlegten seither Möglichkeiten, die Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern.

2009 wiederholte sich der Gaskonflikt. In 2008 schien das Verhandlungsklima erst entspannt und einer Vereinbarung nahe. Doch dann kam die Wirtschaftskrise, die Russland und die Ukraine im November 2008 mit voller Wucht traf. Russland musste ein Drittel seiner Devisenreserven (ca. 600 Milliarden Dollar) aufwenden, um sich zu retten. Die Öleinnahmen Russlands fielen auf ein Viertel des Ausgangswertes, für das Jahr 2009 fiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um fast 10 Prozent. Die Ukraine traf die Krise noch schwerer. Das BIP schrumpfte um 15 Prozent. Der IWF musste mit einem Notkredit von 16 Milliarden Dollar einspringen. Als die Verhandlungen über den Gaspreis scheiterten, stellte Moskau die Belieferung ein. Die Ukraine bediente sich aus den Erdgasspeichern. 16 EU-Staaten sowie Moldova erhielten reduzierte Gasmengen oder wurden gar nicht beliefert. Erst nach 19 Tagen endete unter Vermittlung der EU der Streit. Fortan sollte der ukrainische Importpreis (vergleichbar den europäischen Verträgen) an den Ölpreis gekoppelt sein. Darüber hinaus sah der Vertrag für die Ukraine schwere Konventionalstrafen vor, sollte die Ukraine ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Doch im November 2009 verzichtete Russland aus Kulanz auf die Konventionalstrafe. Die Ukraine wollte einer Gaspreiserhöhung nur zustimmen, wenn Gazprom auch mehr für den Transit an Naftogas (der ukrainische Pipelinebetreiber) zahlt. Während westeuropäische Abnehmer 450 Dollar (2008 waren es 368 Dollar) je 1000 Kubikmeter zahlen, hat die Ukraine zuletzt nur 179,5 Dollar (2008!) gezahlt. Für 2009 drohte Gazprom mit europäischem Preisniveau, bot als Vorzugspreis aber 250 Dollar, was die Ukraine ablehnte.

Unabhängig davon, ob es die Timoschenko-Regierung oder die Regierung von Janukovic war, das Geschacher um die Rabatte beim Gas prägt seit zehn Jahren die Beziehung zwischen Russland und der Ukraine. Im Oktober 2013 gab Gazprom-Chef Alexin Miller dazu ein Interview bei Russland Aktuell: *»Wir sind äußerst besorgt wegen der nun entstandenen Lage rund um die Bezahlung der russischen Gaslieferungen durch die Ukraine«*. In einer vom Konzern verbreiteten Stellungnahme teilte Miller mit, dass Kiew Gazprom 882 Mio. USD schuldig geblieben sei. Die Summe sei bereits im August fällig gewesen und bis zum 1. Oktober gestundet worden. *»Der Oktober neigt sich dem Ende entgegen, die Rechnung ist aber immer noch nicht bezahlt«*, klagte der Top-Manager. Er verwies darauf, dass Gazprom Kiew zuletzt in vielen Fragen entgegen gekommen sei.

Der Konzern habe seinerseits bis Januar 2015 den Transit von Gas durch die Ukraine schon im Voraus bezahlt. Zugleich seien dem Nachbarland fünf Milliarden Kubikmeter Gas zu einem Rabattpreis von 269 USD pro 1.000 Kubikmeter (normalerweise zahlt Kiew derzeit 410 USD) verkauft worden, damit es seine Speicher für den Winter auffüllen könnte. Das entspräche einem Rabatt von einer halben Milliarde USD, zählte Miller auf.

Doch nun war Moskau offenbar mit seiner Geduld am Ende. Nach dem wiederholten Vertragsbruch bestehe Gazprom auf einer Vorauszahlung für künftige Gaslieferungen, sagte Miller.

Premier Dmitri Medwedew unterstützte den russischen Energieriesen in seinen Bemühungen. *»Das ist der einzige Ausweg. Denn unsere Kollegen sehen offenbar keine großen Probleme darin und haben nicht vor, zu bezahlen. Das bedeutet, dass wir auf Vorkasse umstellen werden«*, sagte Medwedew. In die gleiche Richtung argumentierte auch Kremlsprecher Dmitri Peskow, der sagte, Gazprom habe lange genug Geduld bewiesen (aus Russland-News vom 30.10.2013).

Der ehemalige ukrainische Premierminister Nikolai Asarow bestätigte, dass Kiew im Rückstand mit den Zahlungen sei. Er nannte die Probleme aber »nicht kritisch«. Im ukrainischen Energieministerium werden die Zahlungsschwierigkeiten des Importeurs Naftogas damit erklärt,

dass dessen Abnehmer, größtenteils Wärmeversorger, ihre Schulden gegenüber Naftogas bisher nicht bezahlt hätten.

Freilich ist das nur die halbe Wahrheit, denn die Wärmeversorger wiederum hängen von Subventionen der Regierung ab, die bislang ausgeblieben sind. Hier muss hinzugefügt werden, dass die Verbraucher tatsächlich nur ca. 20 Prozent der Heizkosten zahlen. Eine Erhöhung der Preise ist in der Ukraine schwer möglich, weil einerseits viele Einwohner nicht in der Lage sind höhere Preise zu zahlen, andererseits viele Bürger eine warme Wohnung noch aufgrund ihrer Erfahrungen aus Sowjetzeiten als eine Art einklagbares Grundrecht betrachten.

Die finanziellen Probleme der Ukraine sind seit langem bekannt. Sie wurden nun verschärft, da das Land mit der Rückzahlung der IWF-Kredite beginnen musste. Ausgerechnet ab November 2013 wurde eine erste Tranche in Höhe von gut 640 Mio. USD fällig.

Das war die Situation, als die EU Janukovic Ende November in Vilnius das Assoziierungsabkommen zur Unterschrift vorlegte, das der Ukraine aber keinerlei Hilfe zur Lösung seiner Finanzprobleme eröffnete, so dass Janukovic das tat, was für die Interessen der Ukraine naheliegend war: der eurasischen Zollunion beizutreten. Damit verbunden war die Übernahme von ukrainischen Schulden durch Russland und wiederum – wie sollte es auch anders sein – die Subventionierung der Gasimporte.

Nach Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den russlandfeindlichen »revolutionären Maidan« änderte sich für Russland die Geschäftsgrundlage. Es gab keinen Grund mehr den politischen Gegner zu subventionieren. So kündigten Verteter von Gazprom am 4. März 2014 an, den 30-prozentigen Rabatt auf Gasimporte ab 1. April zu canceln, was den deutschen Vorsitzenden des Europaparlaments Schulz zur Aussage veranlasste, der »Monopolist Gazprom« erpresse die Ukraine mit überhöhten Preisen. .Schulz forderte die EU-Kommission zudem auf, ein bereits geplantes Kartellverfahren gegen den russischen Energieriesen Gazprom nun zügig vorantreiben. So kann man die Tatsachen uminterpretieren!

Soziale Perspektiven für die ukrainischen Einwohner

Nach der Zusage des amerikanischen Außenministers wird die ukrainische Regierung eine Mrd. Dollar Soforthilfe erhalten. Die EU stellt weitere 11 Mrd Euro an Finanzhilfe in Aussicht. Die Bedingungen, die damit verknüpft sind, sind noch nicht klar, aber sie werden mit Sicherheit für die Bevölkerung schmerzhaft werden. Ein Teil des zur Verfügung gestellten Geldes soll dafür sorgen, dass kurzfristig die Zahlungsverpflichtungen der Ukraine eingelöst werden, d.h. die Schulden an Gazprom bedient werden und die Staatspleite verhindert werden soll. Mittelfristig werden sich die westlichen »Hilfen« zum sozialen Bumerang für die Menschen in der Ukraine erweisen. Ein Blick auf die soziale Lage der Bevölkerung in Griechenland genügt, um zu erahnen, was auf die Bevölkerung der Ukraine zukommen wird.

Mit Blick auf die Austeritätsprogramme erklärt der vom Westen ins Amt gebrachte Jatsenjuk: *»Ich werde der unbeliebteste Ministerpräsident in der Geschichte der Ukraine sein«.*

Während dem Land – abgesehen von den aktuellen Spannungen mit Russland – womöglich neue soziale Unruhen bevorstehen, bestätigt sich, dass ein zentrales Ziel der jüngsten Proteste nicht erreicht worden ist: die Herrschaft der Oligarchen abzuschütteln. Mit den Favoriten des Westens ist zugleich eine andere Kombination der in der Bevölkerung verhassten Milliardäre an die Macht gekommen. Wichtigster Unterschied zur vorherigen Regierung ist, dass jetzt Faschisten Ministerposten innehaben.

Nach griechischem Modell

Bereits kurz nach dem Umsturz in Kiew hatten Experten sich äußerst kritisch über die absehbare ökonomische Entwicklung der Ukraine geäußert. Der ehemalige Banker Arsenij Jatsenjuk sei *»die Art von Technokrat, die man will, wenn man Austerität – übertüncht mit Professionalität – möchte«*, hatte der Ökonom Vladimir Signorelli (Bretton Woods Research LLC) in dem US-Magazin »Forbes« erläutert: *»So jemand wie Mario Monti: nicht gewählt und bereit zu tun, was der IWF wünscht.«* In Umfragen habe Jatsenjuk zuletzt hinter Witali Klitschko und sogar hinter Oleh Tiahnybok rangiert; das habe jedoch bei seiner Inthronisierung zum neuen Ministerpräsidenten keinerlei Rolle gespielt. Jatsenjuk habe sofort angekündigt, der Ukraine eine Austeritätspolitik *»nach griechischem Modell«* aufzuzwingen – in vollem Bewusstsein der sozialen Folgen für die Bevölkerung (aus german-foreign-policy 4.3.2014).

Unpopuläre Maßnahmen

Vor dem Eintreffen einer IWF-Delegation, die am 6. März in Kiew die Verhandlungen aufnahm, hat Jatsenjuk nun erste Angaben über seine Austeritätsprogramme gemacht. Jatsenjuk müsse *»die IWF-Vertreter* (...) *von seinen guten Absichten* (...) *überzeugen*«, hatten Kommentatoren geurteilt: *»Er muss glaubhaft vermitteln, dass vor den Präsidentschaftswahlen im Mai auch unpopuläre Maßnahmen umgesetzt werden«.* Dem hat Jatsenjuk jetzt entsprochen und explizit angekündigt, die Staatsausgaben um 14 bis 16 Prozent zu kürzen. Schon lange ist klar, dass es zur Erlangung eines IWF-Kredits – anders als für russische Darlehen – zum Beispiel erforderlich sein wird, die Erdgas-Subventionen zu streichen. Die unter westlicher Hegemonie bevorstehenden Austeritäts-Programme *»wären ebenso schlecht für die Bevölkerung der Ukraine, die schmerzliche Maßnahmen schultern müsste, wie auch für das politische Schicksal derer, die Ende Mai als Präsidentschaftskandidat ins Rennen ziehen«*, wird Andrew Weiss, Vizepräsident des Washingtoner Carnegie Endowment und ehemaliger Ukraine-Spezialist des Nationalen Sicherheitsrates der USA, zitiert (german foreign policy 4.3.2014).

In der Ukraine, die nach ihrer prowestlichen Wende vor einem Austeritätsdiktat à la Griechenland steht, herrscht bereits jetzt große Armut. Das Durchschnittseinkommen wird offiziell mit weniger als 230 Euro im Monat angegeben. Beobachter weisen darauf hin, dass in diesem Wert auch die Einkünfte der Oligarchen und einer dünnen, ungemein wohlhabenden Oberschicht einfließen; faktisch liege das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung jenseits der wenigen Superreichen wohl eher bei 150 Euro im Monat. Eine Krankenschwester etwa kann mit einem Lohn von rund 110 Euro im Monat rechnen. Dramatisch ist vor allem die Lage der ukrainischen Rentner: Die Mindestrente, über die gut 80 Prozent von ihnen nicht hinauskommen, liegt bei rund 80 Euro im Monat. Davon muss auch Erdgas zum Heizen und Kochen bezahlt werden; bei der bevorstehenden Streichung der Subventionen gemäß den westlichen Forderungen wird das für viele nicht mehr möglich sein.

Angesichts dieser Entwicklung wird es mit großer Wahrscheinlichkeit erneut soziale Unruhen und Proteste geben. Da auch in der Ukraine die kommunistische Partei mit ihrer Abhängigkeit von der russischen Außenpolitik und ihrer Unterstützung von Janukovic abgewirtschaftet hat und eine unabhängige linke Kraft noch nicht absehbar ist, besteht die Gefahr, dass verstärkt »nationalrevolutionäre« faschistische Kräfte an Einfluss gewinnen, weil ein

antikapitalistischer Ausweg zur Zeit noch fehlt. Entscheidend für die weitere politische Entwicklung in der Ukraine wird es sein, wie die arbeitende Bevölkerung in die zukünftigen Auseinandersetzungen eingreift. Wird sie sich weiterhin aufspalten und gegeneinander ausspielen lassen nach nationalistischen Zuordnungen oder wird sie ihre gemeinsamen Klasseninteressen in den Mittelpunkt stellen? Denn nur, wenn sich die breite, arbeitende Bevölkerung nicht abhängig macht von den jeweiligen Oligarchen und von den geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen Russlands einerseits und des Westens andererseits und einen gemeinsamen Widerstand gegen die immer aggressiver werdenden kapitalistischen Konkurrenzverhältnisse aufnimmt, ist ein Niedergang, der in Barbarei enden kann, zu vermeiden.

J.M., 06.03.14 ■

■ ZUR ROLLE FASCHISTISCHER ORGANISATONEN UM DIE MAIDAN-EREIGNISSE

Faschisten in Kiew?!

In der linken Szene hierzulande ist die Rolle faschistischer Organisationen, Einzelpersonen und Schlägerbanden auf dem Maidan in Kiew, die nahezu kriegsmäßig mit automatischen Waffnen, Handgranaten, Schutzwesten etc. ausgerüstet sind, heiß umstritten. Die wenigen Linken, die es anfangs unter der politisch breit gestreuten Masse der Demonstranten gegeben habe, seien von den Schlägertrupps der Rechten *»regelrecht vom zentralen Protestplatz, dem Maidan in Kiew, weggeprügelt«* (junge Welt vom 5.2.2014) worden. Damit habe eine Entwicklung auf dem Maidan stattgefunden, in der die nationalen und extremen Rechten zunächst geduldet wurden, um alle Kräfte auf den gemeinsamen Gegner zusammenfassen zu können, und sie seien dann *»von extremen Außenseitern zu einem gesellschaftlich breit akzeptierten Faktor« geworden, hätten schließlich sogar »die politische Dominanz gewonnen«* (junge Welt vom 10.3.2014).

Die Gründe für diesen jedenfalls starken Anteil ultranationalistischer und faschistischer Kräfte sind vielschichtig. Zum einen sind sie tief verwurzelt in der Geschichte dieses Landes Ukraine an einem Schnittpunkt europäischer Großmachtinteressen. Des Weiteren geht es um das Verhältnis innerer Faktoren und äußerer Einmischung in der Auseinandersetzung um den Weg aus der tiefen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise. Drittens handelt es sich um unterschiedliche, sich phasenweise verschiebende Kräfteverhältnisse im konkreten Verlauf der Ereignisse am Kiewer Maidan. Daraus ergibt sich viertens die Frage nach der Bedeutung dieser Kräfte für den weiteren Weg der ukrainischen Gesellschaft, ihrer politischen Organisationen und insbesondere den Folgen für die klassenbewussten Linken und GewerkschafterInnen, die derzeit massiv unter der Verfolgung durch faschistische Terrorbanden zu leiden haben.

Der Nazi-Kollaborateur: Stepan Bandera

Russischerseits wird die Ukraine gerne als »historisches Kernland« reklamiert (Warägerreich, Kiewer Rus) und spielt als Mythos eine ähnliche Rolle wie die Provinz Kosovo für Serbien. Die Katastrophe des Mittelalters war der »Mongolensturm« im 13. Jahrhundert, dessen – wirkliche und angebliche – Nachwirkungen bis heute als Vorwand herhalten, den Russen und ihren »Brudervölkern« gesellschaftliche Rückständigkeit anzudichten. Im Spätmittelalter geriet der Westteil des Landes in den Herrschaftsbereich des polnisch-litauischen Großreiches, der Osten (ab Kiew) blieb russisch. In der ersten polnischen Teilung (1772) wurde die russische Grenze weiter nach Westen vorgeschoben, doch die Gebiete Galizien und Bukowina (bis Lemberg -Lwiw- und Czernowitz) fielen unter österreichisch-habsburgische Herrschaft.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges entstand unter dem Druck der deutschen Militärbesatzung eine von Russland getrennte ukrainische Staatlichkeit, deren »Unabhängigkeit« die Bolschewiki im Vertrag von Brest-Litowsk (3. 03. 1918) anerkennen mussten. Im Ergebnis des anschließenden Bürgerkrieges (Skoropadski, Petljura auf bürgerlicher und deutschfreundlicher Seite, Machno-Bewegung und Bolschewiki auf der anderen Seite, meist und zuletzt aber gegeneinander) wurde die Ukraine als Sowjetrepublik konstituiert. Die Aggression des polnischen Militärdiktators Pilsudski mit französischer Unterstützung führte aber dazu, dass die Teile, die früher unter habsburgischer Herrschaft gestanden hatten, in der Zwischenkriegszeit staatlich zu Polen gehörten.

Die politische Tätigkeit von Stepan Bandera spielte sich in diesem Teil des Landes ab. Er gehörte der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) an. Diesen Gruppen ging es darum, die Unabhängigkeit der Westukraine von Polen zu erkämpfen, zu diesem Zweck den polnischen Staat zu destabilisieren und vor allem mit Deutschland, schließlich dem »Dritten Reich«, zusammenzuarbeiten. Dass die deutschen Nazis nicht daran dachten, nationalukrainische Träume vom eigenen Staat zu erfüllen, ergibt sich von selbst aus deren rassistischer Verachtung für die »Ostvölker«. Dennoch spielten Bandera und die OUN bereitwillig deren Handlager beim Kampf gegen die Sowjetunion und beim Massenmord an der jüdischen Bevölkerung des Landes. Die Betei-

ligung ukrainischer Nationalisten und Faschisten an Krieg und Partisanenkrieg im Zweiten Weltkrieg und bis in die 1950er Jahre hinein war außerordentlich hoch.

Nach Kriegsende floh Bandera in den Westen und wurde 1959 von KGB-Agenten in München getötet. Seine Nachwirkung in der Westukraine ist enorm. *»Vor allem im Westen der Ukraine wird Bandera heute von breiteren Bevölkerungsschichten als Nationalheld verehrt, dort gibt es auch zahlreiche Museen und zum Teil monumentale Denkmale zu seinen Ehren. Die in der Westukraine starke nationalistische Partei ‹Swoboda› beruft sich ebenfalls auf Bandera. Die Anhänger des Fußballvereins Karpaty Lwiw zeigen bei Heimspielen ihres Vereins regelmäßig große Transparente mit seinem Konterfei. In der Ostukraine, aber auch in Polen und Israel gilt Bandera hingegen überwiegend als Verbrecher und Nazi-Kollaborateur.«* (Quelle: Wikipedia).

Die Partei wurde im Jahr 1991 gegründet. Sie ging aus einer Vereinigung von studentischen Verbindungen, lokalen nationalukrainischen Verbänden und Afghanistan-Veteranen hervor. Bis Februar 2004 nannte sie sich »Sozial-Nationale Partei der Ukraine«. Um politisch hoffähiger zu werden, nahm sie dann den Namen Swoboda (Freiheit) an, angelehnt an die österreichische rechtspopulistische FPÖ. Sie hat einen Beobachterstatus in der Allianz der Europäischen Nationalen Bewegungen, zu der auch die ungarische Jobbik und die British National Party gehören.
In ihrem Programm beruft Swoboda sich auf die OUN, verehrt Bandera als Nationalhelden und bezeichnet ihre Ideologie als »*Sozialnationalismus*«. Sie fordert die Eintragung der »*ethnischen Zugehörigkeit*« in die Personalpapiere, eine konsequente Politik »*Ukraine den Ukrainern*«, Verbot der russischen Sprache, ferner eine Verschärfung der Einwanderungspolitik und die Verfolgung von Drogenkonsum und »*sexuellen Perversionen*«. Selbst die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU ist der Ansicht, dass der Parteivorsitzende Tjahnybok »*antisemitische Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit und ukrainischen Isolationismus*« propagiere. Dies wird in solchen Kreisen freilich als Hindernis für eine angestrebte Westbindung der Ukraine angesehen, weil es nicht zum offiziellen Selbstverständnis der EU passt.

Zur landesweiten Bedeutung lassen sich Wahlergebnisse heranziehen: *»Die Partei trat zu den Parlamentswahlen 2006 und 2007 an, verfehlte mit landesweit 0,36 bzw. 0,76 Prozent jedoch klar die für einen Parlamentssitz notwendige Stimmenzahl. Die höchsten Stimmenanteile erlangte die Partei stets in der Westukraine, vor allem in Ost-Galizien. ... Bei der Präsidentschaftswahl 2010 erreichte der Parteivorsitzende Tjahnybok einen Stimmenanteil von 1,43 Prozent. Bei der Parlamentswahl 2012 erreichte die Partei mit 10,4 Prozent der Wählerstimmen ein überraschend hohes Resultat. Damit zog sie mit 37 Mandaten erstmals in die Werchowna Rada ein.«* (Quelle: Wikipedia).

Prawyi Sektor (Rechter Sektor)

Der Prawyi Sektor war eine der treibenden Kräfte am Kiewer Maidan und hatte in der Wende des 22. Februar wohl die entscheidende Schlüsselrolle. *»Der Rechte Sektor war aus meiner Sicht entscheidend für den Umsturz, weil er eine Organisation ist, die auch bereit war, in Kampfhandlungen mit den Polizisten, mit den Sicherheitskräften einzutreten. Sie waren gut organisiert, sie hatten auch immer wieder einen Plan, wie sie angriffen, wie sie sich verteidigten, so dass sie einen großen Anteil am Erfolg des Maidans gehabt haben«*, so Alexander Rahr von der »Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik« in der Sendung »Panorama« vom 6.3.2014. Nach eigenen Angaben rechnen sich derzeit etwa 10.000 Menschen in der gesamten Ukraine dem Prawyj Sektor zu, die genaue Anzahl der in ihren Händen befindlichen Waffen ist unbekannt.

Prawyi Sektor ist ein Zusammenschluss aus mehreren nationalistischen und rechtsextremen Splittergruppen. Er trat erstmals im November 2013 in Erscheinung. Er bezeichnet sich als »Selbstverteidigungssystem des Maidan«, was offensichtlich wörtlich zu nehmen ist, und organisiert den harten Kern der militanten Protestierer und paramilitärischen, mit Schusswaffen ausgestatteten Gruppen im zentralen Demonstrationsbereich. Aktivisten des Rechten Sektors scheuten sich auch nicht, bewaffnet in lokalen Parlamenten und in der Obersten Rada in Kiew aufzutreten und die Abgeordneten einzuschüchtern.

Das politische Ziel der Organisation ist die *»nationale Revolution«* in der Ukraine und die Befreiung von allen verbliebenen Resten des *»sowjetischen Machtapparats«*. Sie ist gegen eine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU, weil diese ein *»Unterdrücker der europäischen Nationen«* sei. Liberalismus und bürgerliche Demokratie lehnt der Rechte Sektor selbstverständlich ab. Am 7. März 2014 hat er angekündigt, sich in eine politische Partei umzuwandeln, sein Vorsitzender Dmytro Jarosch werde bei den Präsidentschaftswahlen antreten.

Zum Verlauf der Ereignisse

Überwiegend sind die Ereignisse am Maidan als Aufstand der Mittelschichten gegen Staat und Großkapital zu verstehen, wie sie derzeit – unter jeweils gegebenen Voraussetzungen – in vielen anderen Teilen der Welt (z.B. Ägypten, Thailand, Venezuela) ablaufen. Die Großkapitalisten sind hier die sogenannten »Oligarchen«, seit dem Ende der Sowjetunion Profiteure der Privatisierung insbesondere der Schwerindustrie im Osten, auch der kollektivierten Landwirtschaft im Westen, die zum Teil aus dem ehemaligen sowjetischen Staatsapparat kommen, auf jeden Fall die Umbruchzeit nutzen konnten, große Geschäfte zu machen, während die Wirtschaft allgemein im Lande darniederlag. Organisationen und sozialpolitische Forderungen der Arbeiterklasse waren dagegen auf dem Maidan nur marginal präsent, da offensichtlich die im Osten sehr starke Industriearbeiterschaft noch relativ erträgliche Lebensverhältnisse hat, verglichen mit der Armut im überwiegend agrarisch und kleingewerblich strukturierten Westen der Ukraine.

Anfänglich, also ab November 2013, entsprach die Protestszene am Kiewer Maidan wohl noch dem hierzulande gezeichneten Bild einer friedlichen Bürgerrechts- und Sozialbewegung, in der auch Linke und GewerkschafterInnen ihre Vorstellungen einbringen konnten. Mit zunehmender Härte des Janukowitsch-Regimes kippte die Stimmung und veränderte sich die Zusammensetzung. Anders als 2004 (sogenannte »orangene Revolution«) gab es Tote. Entscheidend waren dann die Vorgänge vom 20. bis 22. Februar 2014. Zunächst hatten drei EU-Außenminister (Deutschland, Frankreich, Polen), ein Vertreter Russlands, das Janukowitsch-Regime und das Dreigestirn der gemäßigten Opposition (Jazenjuk, Klitschko, Tjahnybok) ein Agreement ausgehandelt, wie die Übertragung der Macht geregelt werden könnte. Am nächsten Tag war das schon Makulatur, weil die faschistischen Gruppen mit ihrer Machtdemonstration den sofortigen Wechsel erzwangen. Die unmittelbare außenpolitische Folge war die Annexion der Krim durch Russland und der Fortgang der Krise.

Bei alldem spielt die Einmischung von außen eine wichtige Rolle. Der in linken Zusammenhängen bis hin in bürgerlich-liberalen Kreisen erhobene Vorwurf, EU und Bundesregierung (auch die grüne Oppositionspartei) unterstützten eine in Kiew durch Putsch rechter und faschistischer Kräfte an die Macht gelangte, nicht durch Wahlen

Linke hoffnungslos unterlegen

In verschiedenen Städten der Westukraine gab es Brandanschläge auf Büros der Kommunistischen Partei. Es wurden Morddrohungen ausgesprochen. Bereits im Dezember waren Mitglieder der marxistischen Partei Borotba auf dem Maidan von Faschisten zusammengeschlagen worden.

Eine effektive Gegenwehr dürfte kaum möglich sein. Nicht nur befinden sich die Linken in hoffnungsloser Unterzahl – viele der Kämpfer des Rechten Sektors und anderer militanter Gruppen sind in Besitz professioneller militärischer Ausrüstung. *»Wir haben erstklassige kugelsichere Westen und andere Schutzkleidung, wie sie sonst nur die Armee hat«*, erklärt uns ein vermummter Kombattant, der einen Revolver trägt und sich als »Psevdo-Ariets« (»Pseudo-Arier«) vorstellt. Außerdem hätten er und seine Kameraden eine intensive militärische Ausbildung genossen. Deshalb habe der Rechte Sektor während der Schlachten auf dem Maidan, wo seine Mitglieder stets an vorderster Front kämpfen – und dafür als Helden verehrt werden –, in den vergangenen Wochen keine Toten und keine nennenswert Verletzten zu beklagen. Ein weiteres überzeugendes Argument für die Besatzer des Maidan, sich in Sicherheit zu wiegen und als Sieger zu fühlen: In einigen Gebäuden rund um den Platz sitzen Krieger mit Kalaschnikows.

Dass sie ihre Waffen freiwillig wieder abgeben – das dürfte kaum zu erwarten sein: *»Wer will mir mein Maschinengewehr abnehmen? Wer will es mir wegnehmen? Wer will mir meine Messer wegnehmen?«*, fragte der Rechter-Sektor-Führer Muzychko* vergangenen Dienstag triumphierend in eine Runde deprimiert dreinschauender Parlamentsabgeordneter von Janukowitschs Partei der Regionen in Rovno. Das verängstigte Schweigen der Gefragten gab die unmissverständliche Antwort: Niemand.

---

* wurde am 25.3.2014 von der ukrainischen Polizei erschossen - beim Versuch, ihn zu entwaffnen und festzunehmen.

aus: Der Maidan als Wellness-Oase für internationale Ultrarechte, Söldner und Desperados von Susanne Witt-Stahl, http://www.ad-hoc-news.de/der-maidan-als-wellness-oase-f-r-internationale--/de/News/35682640

legitimierte Regierung, ist vollauf berechtigt (inzwischen wurde schon der politische Teil des von Janukowitsch auf Eis gelegten »Assoziierungsabkommens« unterzeichnet). Die hier geschilderten inner-ukrainischen Faktoren sind jedoch entscheidend, weil diese Zuspitzung nicht erst von außen geschaffen wurde, sondern Folge der tiefgreifenden politischen und ökonomischen Krise war. Sie wurde als günstige Gelegenheit von USA und EU wahrgenommen, genutzt und dann auch verstärkt. Eine wirkliche Perspektive für die Bevölkerung kann aus diesem geostrategischen Machtspiel nicht entstehen.

Faschisten im Dienste mächtiger Interessen

Ist damit in Kiew der *»Faschismus an der Macht«*, wie in manchen Diskussionsbeiträgen zu hören und zu lesen ist? Kapital braucht in erster Linie stabile, rechtlich klar abgesicherte Verhältnisse für seine Geschäfte. Faschismus ist für die Bourgeoisie grundsätzlich nur eine Notlösung, wenn ihre Klassenherrschaft revolutionär bedroht ist, aber durch Anwendung äußerster Mittel gesichert werden kann.

Die Lage der Ukraine von heute ist mit der Italiens oder Deutschlands in den 1920er/30er Jahren nicht annähernd gleichzusetzen. Wichtige Teile der Bourgeoisie haben in Deutschland die faschistische Bewegung begrüßt, weil die Herrschaft des Bürgertums im November 1918 grundsätzlich (revolutionär) in Frage gestellt worden und durch die weitere Entwicklung (Weltwirtschaftskrise 1929) bedroht war. Die Klassenherrschaft insgesamt war durch die anschwellende revolutionäre Strömung in der Arbeiterklasse gefährdet, andererseits war die Arbeiterbewegung tief gespalten (KPD-SPD) und zur tatsächlichen Machtübernahme unfähig. Der »Faschismus an der Macht« bot daher der Bourgeoisie die Chance, ihre ökonomische Existenz zu retten. Allerdings musste sie ihre Einflussmöglichkeiten, die sie im bürgerlichen Parlamentarismus hat, aufgeben und sich auch solchen Entscheidungen unterordnen, die für ihr »Kerngeschäft« eigentlich kontraproduktiv waren (Antisemitismus/Holocaust/Krieg gegen den ganzen Rest der Welt).

Dieses Raster passt für die Ukraine nicht. Zum einen ist ein Krieg, etwa gegen Russland, für die ukrainische Bourgeoisie keine wirkliche Option, sondern im wesentlichen ein ideologisches Hirngespinst faschistischer Gruppen. Es bleibt für die derzeitigen – im übrigen nicht legitimierten – »Machthaber« nur die Unterordnung unter USA und EU. Zweitens gibt es keine starke Arbeiterbewegung, die zu zerschlagen wäre: In den Jahrzehnten seit dem Untergang der Sowjetunion ist dort der Kapitalismus nie in Frage gestellt worden. Eine Massenbewegung, die ihn ernsthaft jetzt schon wieder stürzen wollte, ist schlicht unvorstellbar.

Die Funktion der Faschisten besonders in der Westukraine im engeren Sinne (ein Siebtel des Territoriums) besteht darin, Nationalismus und Rechtspopulismus in der Bevölkerung wachzuhalten, um autoritäre Lösungen der fortbestehenden sozialen Probleme möglich zu machen. Nach dem Untergang der Sowjetunion haben *»nationale Neumythen«* Auftrieb bekommen, die *»oft heldenhafte, zuweilen erfolglose Opposition gegen fremde Besatzer mit großen Siegen und Niederlagen«* (Kerstin S. Jobst, Geschichte der Ukraine, Stuttgart 2010, S. 219) zum Gegenstand haben. Insbesondere geht es dabei gegen Russland. Einer der stärksten Mythen, die gerade Faschisten propagieren, ist der sogenannte *»Holodomor«* (in Anlehnung an »Holocaust«, den faschistischen Genozid an der jüdischen Bevölkerung Europas): Mit dieser Bezeichnung wird die große Hungersnot der Jahre 1932/3 im Zusammenhang mit der Kollektivierung der Landwirtschaft unter Stalin als gezielter Ausrottungsversuch der ukrainischen Bevölkerung durch »die Russen« interpretiert, als habe es diese Opfer in vergleichbarem Maßstab in anderen Teilen der Sowjetunion nicht gegeben.

In der Ukraine ist die breite Enttäuschung in der Bevölkerung über die bisherigen Strategien und Machthaber eine der Grundlagen des plötzlichen Aufstiegs faschistischer Organisationen in der Umbruchsituation am Kiewer Maidan. Tjahnybok (Swoboda) war Teil der Oppositionsführung und wurde von Steinmeier und Kollegen hofiert. Der Prawyi Sektor bekam freie Hand, Finanzierung und militärische Ausrüstung, um Terror gegen Sicherheitskräfte, vor allem aber auch gegen Linke und Gewerkschafter auszuüben. Was nun längerfristig folgt, ist unklar. *».Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan«*, nun muss es den herrschenden Kräften darum gehen, die Kontrolle und das Gewaltmonopol wiederzuerlangen.

Als Fazit ist festzuhalten: Es geht nicht um den Faschismus an der Macht (wie in Italien und Deutschland im vorigen Jahrhundert), sondern um eine reaktionäre Regierung. Hierzu gehören Menschen und Parteien, die sich faschistischen Ideen verpflichtet haben, die aber jetzt nur eine weitere, allerdings wahrscheinlich besonders reaktionäre Variante der bürgerlich-parlamentarischen Politik durchsetzen wollen/können. 23.3.2014 ■

■ ZUR REDE DES BUNDESPRÄSIDENTEN AUF DER SICHERHEITSKONFERENZ

Führen aus der zweiten Reihe?

Wenn der Bundespräsident zu den Teilnehmern der Münchener Sicherheitskonferenz (am 31. Januar 2014) spricht – und das auch noch zum fünfzigsten Jubiläum der Veranstaltung -, dann verfolgt er mit seinem Vortrag Absichten. Die Rede war, wie stets in solchen und ähnlichen Fällen, mit der Bundesregierung abgestimmt. Die im gleichen Geiste gehaltenen Vorträge Außenminister Steinmeiers (SPD) und der Verteidigungsministerin von der Leyen (CDU) spiegelten die gemeinsame Position.

Gaucks Adressaten waren sowohl die deutsche Öffentlichkeit im weitesten Sinne, aber ebenso sehr die internationalen hochrangigen Teilnehmer der Konferenz und die internationalen Medien.

Als Verfassungsorgan des kapitalistischen Staates repräsentiert der Bundespräsident formal die deutsche Gesellschaft, faktisch allerdings deren herrschende Klassen, d. h. vor allem die großen industriellen und Finanzkapitale. Seine Rede widerspiegelt das Bemühen, einen gemeinsamen Nenner für deren außen- und militärpolitischen Interessen zu formulieren. Die Reaktionen in den Medien zeigten, dass ihm dies offenbar gelang.

Seine Rede lässt sich in Kürze wie folgt zusammenfassen: Er wolle »*...sprechen über die Rolle Deutschlands in der Welt... Eine*(r) *Welt, in der ökonomische und politische Macht wandert und ganze Regionen aufrüstet. Im Nahen Osten drohen sich einzelne Feuer zu einem Flächenbrand zu verbinden. Just in diesem Moment überdenkt die einzige Supermacht Ausmaß und Form ihres globalen Engagements. Ihr Partner Europa ist mit sich selbst beschäftigt. Im Zuge dieser Entwicklung zu glauben, man könne in Deutschland einfach weitermachen wie bisher – das überzeugt mich nicht.*« Er fährt dann fort: »*Die Kernfrage lautet doch: Hat Deutschland die neuen Gefahren und die Veränderungen im Gefüge der internationalen Ordnung schon angemessen wahrgenommen? Reagiert es seinem Gewicht entsprechend?*«

Es wäre nun interessant zu erfahren, wie Gauck seine eigene Frage beantwortet. Aber er weicht aus: *»Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein... Aber wenn schließlich der äußerste Fall diskutiert wird – der Einsatz der Bundeswehr –, dann gilt: Deutschland darf weder aus Prinzip ‹nein› noch reflexhaft ‹ja› sagen... Wir brauchen das Nato-Bündnis. Und gerade, wenn die Vereinigten Staaten nicht ständig mehr leisten können, müssen Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich sein.«* Im übrigen befürwortet er das *»Konzept der Schutzverantwortung«*, d. h. *»...den Schutz der Bevölkerung vor Massenverbrechen, wenn der eigene Staat dieser Verantwortung nicht nachkommt. Als äußerstes Mittel ist dann der Einsatz von Militär möglich, und zwar nach sorgfältiger Prüfung und Folgenabwägung sowie Ermächtigung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.«* Dabei gelte es, *»... den potentiellen Missbrauch des Schutzkonzepts zu expansionistischen oder gar imperialen Zwecken auszuschließen.«* Er endet: *»Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen, nicht verlassen oder verraten, sondern gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen, sie glaubwürdig vorleben und sie verteidigen.«*

Es ist schwer nachvollziehbar, warum diese Rede Gaucks als Neudefinition der Rolle Deutschlands in der internationalen Politik interpretiert wurde. Viel eher liegt es nah zu fragen, warum der Bundespräsident nicht darauf hinweist, dass seit der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer deutsche Truppen im ehemaligen Jugoslawien stehen, dass die Bundeswehr in Afghanistan Krieg führt und am Horn von Afrika mit Kriegsschiffen im Einsatz ist. Ministerin von der Leyen betonte im Interview mit der FAZ (12.02.2014), dass von gegenwärtig 14 Auslandseinsätzen der Bundeswehr nur diese drei Einsätze Kampfeinsätze sind. Alle anderen seien »*... eher Ausbildungs-, Trainings- oder Beobachtungsmissionen und medizinische Hilfe, bei denen nur der Selbstschutz zugelassen ist.*« Tatsächlich agiert das deutsche Militär bislang niemals auf eigene Faust, sondern stets im Rahmen der Vereinten Nationen oder des Nato-Bündnisses. Zur Frage nach dem Eingreifen der Bundeswehr an der Seite Frankreichs in Afrika äußerte sie: »Ein Kampfeinsatz in Zentralafrika kommt für uns nicht in Frage.«

Der Mitherausgeber der FAZ, Günter Nonnenmacher, wertete deshalb die Äußerungen von Gauck und Steinmeier in München als ein *»ehrlicher Machen«* der deutschen Politik: *»Es wird nicht mehr herumgedruckst, die Dinge werden ausgesprochen – und politisch gerechtfertigt.«* (FAZ 03.02.2014)

Der springende Punkt ist, dass es für eine Änderung der deutschen Militärpolitik keine materiellen Hinweise gibt, keine Ausweitung der militärischen Fähigkeiten, weder im Hinblick auf den Personalbestand, die Ausrüstung, noch die Höhe der verfügbaren Haushaltsmittel.

Gleichwohl sprach Gauck – vorsichtig, zurückhaltend – ein zentrales Problem der europäischen Militärpolitik an, ohne indes Konkretes zu dessen Lösung beitragen zu können: Die Vereinigten Staaten sind an den Grenzen ihrer militärischen Fähigkeiten angelangt, die sie im (gewonnenen) Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion erwarben. Im Korea-Krieg waren sie noch insoweit erfolgreich, als sie mit Südkorea einen Stützpunkt und Bündnispartner erhalten konnten. In Vietnam scheiterten sie ebenso wie Jahrzehnte später in ihren Irak-Kriegen und in Afghanistan. Diese kostspieligen Kriege waren weit davon entfernt, den US-amerikanischen Einfluss in der Welt zu vergrößern, stattdessen zwangen sie die US-Regierungen, das eigene Land zu einer Festung auszubauen, deren Grenzen hermetisch abgesichert sind. Die milliardenschweren Spionageprogramme – konventionell wie elektronisch – schaffen vielleicht ein wenig mehr Sicherheit, auf jeden Fall bewirken sie aber Argwohn auch bei den Verbündeten. Nach wie vor geben die USA mehr Geld für die Rüstung aus, als die nachfolgenden neun Staaten mit den höchsten Rüstungsausgaben. Sie haben also nach wie vor militärische Fähigkeiten, die ihre Nato-Bündnispartner für sich genommen nicht haben.

Seit den Bürgerkriegen in Libyen und Syrien und den zunehmenden Unsicherheiten im Nahen und Mittleren Osten, wo die US-Regierung unter Präsident Obama nur noch »aus der zweiten Reihe« zu führen gewillt ist, sorgt sich auch die deutsche Bourgeoisie um ihre dortigen Märkte. Das sozusagen »Weggleiten« der US-amerikanischen Ordnungsmacht hinterlässt ein machtpolitisches Vakuum, das derzeit keine andere Regierung ausfüllen kann. Jeder einzelne westeuropäische Staat ist für sich allein genommen zu schwach, um dort eine maßgebliche Rolle zu spielen. Das gilt auch für die ehemaligen Kolonialmächte England und Frankreich. Aber eine gemeinsame Außen- und Militärpolitik der Europäischen Union außerhalb oder neben der Nato existiert nicht. Insoweit lässt sich Gaucks Rede

auch so verstehen, dass er das Interesse der deutschen herrschenden Klasse am Aufbau einer entsprechenden europäischen Struktur zum Ausdruck bringt. Aber die Art und Weise, wie er meint, es tun zu müssen, macht zugleich auch deutlich, dass die deutsche Regierung noch weit davon entfernt ist, massiver aufzutreten, um die Verlagerung der Gewichte durch den Rückzug der USA und die ökonomische Schwächung Englands und Frankreichs zu kompensieren. Die deutsche Bourgeoisie stellt sich auch weiterhin so dar: Militärisch ein Zwerg, wirtschaftlich ein Riese. Mit diesem Auftritt ist sie seit Kriegsende gut gefahren. Es gibt für sie derzeit keine Notwendigkeit, daran etwas zu ändern.

14.03.2014 ■

■ BUCHKRITITK

Der Große Krieg

2014 ist unvermeidlich das Jahr der Literatur zum Ersten Weltkrieg. Der bürgerlichen Geschichtsschreibung geht es darum, die Deutungshoheit zu sichern gegenüber Kapitalismus- und Imperialismuskritik von links. Welche Seite die größere Wirksamkeit entfaltet, ist nicht so sehr bzw. nicht nur vom Wahrheitsgehalt abhängig als vielmehr von den politischen Umständen und gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen die Debatte aktuell stattfindet. Es ist unsere Aufgabe, unsere Wertung der Periode der Weltkriege gegen eine politische und publizistische Übermacht zur Geltung zu bringen, deren Bestreben trotz allem paradoxerweise darin zu liegen scheint, den Kapitalismus als »friedensfähig« und als die »natürliche Ordnung« menschlichen Zusammenlebens darzustellen. Ein Beispiel dieser Sicht bietet Herfried Münkler, Der Große Krieg. Die Welt 1914 – 1918,Rowohlt, Berlin 2013, 924 Seiten.

.

Kriegsursachen bei Münkler

Münkler ist zwar von Haus aus Politikwissenschaftler, betätigt sich aber häufig als Historiker. Dieses Buch gehört in die traditionelle Richtung der Orientierung an Haupt- und Staatsaktionen in der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Im Grunde läuft seine Bewertung der verschiedenen nationalen Außenpolitiken im Vorfeld des Kriegsausbruches darauf hinaus, den Kapitalismus für »friedensfähig« zu erklären, sofern Staatsmänner/-frauen verantwortungsvolle Politik im Interesse ihrer Völker und der gesamten Weltgemeinschaft machen. Die abstrakte Einschätzung guter oder schlechter Politik der Konfliktregulierung tritt an die Stelle der Analyse von Klasseninteressen. Dieses simple Strickmuster wird konsequent über die 800 Seiten des Textes durchgehalten.

Sein besonderer Blick liegt dabei auf der Politik des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns. So schreibt Münkler: *»Der politischen und militärischen Führung Deutschlands sind zweifellos eine Reihe von Fehlurteilen und Fehleinschätzungen unterlaufen, aus denen dann Führungsfehler erwachsen sind, die zunächst in den Krieg und dann in die Niederlage geführt haben,« und zählt im Folgenden den Bau der kaiserlichen Kriegsflotte, den »vermeintlich genialen Plan des Generals von Schlieffen, das Problem des Zweifrontenkriegs zu lösen,«* sowie den *»verhängnisvollen Entschluss zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg«* als Beispiele auf (S. 15). Diese sind nun sattsam bekannt, werden jedoch bei Münkler kaum auf die dahinterstehenden Interessen und logischen Zwänge abgeklopft, sondern vorzugsweise mit Charaktereigenschaften der entscheidenden Personen (Führungsschwäche, Sprunghaftigkeit etc.) verbunden. Das gleiche gilt für die Beschreibung diplomatischer Ränkespiele.

In diesem Rahmen bestreitet der Autor eine alleinige Kriegsschuld Deutschlands, sondern konzediert nur einen angemessenen Anteil an der Gesamtverantwortung der beteiligten Mächte am Ausbruch des Krieges. Wir werden darauf weiter unten eingehen (Fischer-Kontroverse).

Die Lehre aus dem Ersten Weltkrieg, die er zieht, ist die Erhaltung des kapitalistischen Systems und des Friedens durch *»verantwortungsvolle«* Politik der Staatsmänner/frauen. Der *»Zerfall der Reiche«* als Ergebnis des Ersten Weltkriegs, also Österreich-Ungarn (und zuvor Osmanisches Reich) auf dem Balkan, Russisches Reich (im mittelosteuropäischen »Zwischenfeld«) und Deutsches Reich (Schwächung des geopolitischen Zentrums in Europa), enthält für ihn nicht die Perspektive sozialen und demokratiepolitischen Fortschritts, sondern die Gefahr eines politischen Machtvakuums. Als ausgewiesener *»Imperienforscher«* (Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005) sorgt sich Münkler vielmehr um die Stabilität des Kapitalismus und der bürgerlichen Herrschaftsordnung in Europa, die er von der »Peripherie« her gefährdet sieht. Folglich hat ein »Imperium« nicht nur auf konkurrierende Zentren zu achten, sondern vor allem auf die eigene Peripherie. Das Imperium von heute sieht er in Europa in der Europäischen Union und schreibt von der *»EU als einem für den europä-*

ischen Frieden unverzichtbaren Projekt« (S. 761). Das gilt etwa für die *»alten Erb- und Erzfeinde Deutschland und Frankreich«*. Mit Blick auf Südosteuropa behauptet er eine *»konfliktmindernde Wirkung der auf gegenseitige Toleranz zwischen den ethnischen und religiösen Gruppen ausgelegten Politik der einstigen Großreiche* (also Österreich-Ungarn und Osmanisches Reich)«, in deren Nachfolge er nun die Europäische Union verortet und deren *»natürliches«* geopolitisches Zentrum Europas Deutschland sei. Auf dies alles im Einzelnen im Einzelnen einzugehen, sprengt den Rahmen dieses Artikels.

Die Fischer-Kontroverse

In längst vergangenen Jahrzehnten war auch die bürgerliche Geschichtsforschung schon mal weiter, nämlich zur Zeit der sogenannten Fischer-Kontroverse. Es ging im Wesentlichen um die Frage der Verantwortung der Führungseliten des Deutschen Reiches am *»Ausbruch«* bzw. der *»Entfesselung«* des Ersten Weltkrieges oder -in moralisierendem Unterton- der *»deutschen Kriegsschuld«*. Man muss diese Debatte, ihre Vorgeschichte und ihre Bilanz in den Kontext ihrer jeweiligen Zeitumstände stellen.

In der Zwischenkriegszeit war diese Interpretation eng verbunden mit dem Versailler Vertrag, der schon aus politischen Gründen die deutsche Kriegsschuld einseitig festlegte. Dem wurde in Deutschland von allen bürgerlichen Parteien und ganz selbstverständlich der bürgerlichen Geschichtswissenschaft einhellig widersprochen. Es wurde vielmehr die Behauptung aufgestellt, keine der beteiligten Mächte (am wenigsten Deutschland) habe diesen Krieg wirklich gewollt, man sei in ihn *»hineingeschlittert«* (man konnte sich hierbei sogar darauf berufen, dass diese Aussage von dem britischen Premierminister David Lloyd George selbst stamme).

Nach dem Zweiten Weltkrieg trat für die Nationalkonservativen (Politiker wie Historiker) ein weiteres Problem hinzu, nämlich das der Kontinuität der Führungseliten und Kriegsziele in beiden Weltkriegen. Wenn es im Sinne der Staatsräson der jungen Bundesrepublik – im Interesse ebenjener Führungseliten in Wirtschaft und Politik –, gelingen sollte, die faschistischen Verbrechen als einzigartig, quasi als »Betriebsunfall« der ansonsten noch »anständigen« deutschen Geschichte zu bagatellisieren, dann war es umso nötiger, weiterhin den deutschen Anteil am Ausbruch des Ersten Weltkrieges davon abzusetzen und nach wie vor die Behauptung des »Hineinschlitterns« aufrechtzuerhalten. Vor diesem Hintergrund war die Fischer-Kontroverse für damalige Verhältnisse ein unerhörter Tabubruch. Fritz Fischer, bekannt vor allem durch sein 1961 erschienenes Buch »Griff nach der Weltmacht« (dem weitere Ausarbeitungen vorausgingen bzw. folgten), kam zu eben diesem provozierenden Ergebnis, dass die deutsche Verantwortung an der Entfesselung des Krieges 1914 entscheidend war. Im weiteren Verlauf der nun folgenden Debatte spitzte er diese These dahingehend zu, dass bereits ab ca. 1911 klar war, dass Kaiser, Reichsregierung, Heeresleitung und führende Kapitalisten den Krieg zum Zeitpunkt Sommer 1914 haben wollten. Fischer kam hierzu durch traditionelle Methoden bürgerlicher Geschichtsforschung, also Aktenstudium, Auswertung von Memoirenliteratur etc. Im Fokus stand nicht mehr als die Analyse von Regierungsentscheidungen in den Führungskreisen der beteiligten Großmächte (z. B. die geheime Kriegsratssitzung vom 8.12.1912, die Dokumente der Julikrise 1914, das »Septemberprogramm« der Regierung Bethmann-Hollweg 1914 etc.).

Zunächst passierte also nicht viel mehr, als dass die Julikrise 1914 einer neuen Deutung unterzogen wurde, um der Wahrheit die Ehre zu geben. Dabei blieb es jedoch nicht. Die heiße Phase der Fischer-Kontroverse lief in den sechziger und frühen siebziger Jahren zwischen der Fischer-Schule (Immanuel Geiss, später auch Hans Ulrich Wehler, Wolfgang Mommsen, Heinrich August Winkler u. a.) und den Nationalkonservativen, unter denen Gerhard Ritter der härteste Kontrahent war. Eine jüngere Generation von Historikern ging über Fischers erste Resultate hinaus, sie erweiterte den Horizont der deutschen Geschichtswissenschaft durch die Diskussion der Relevanz von gesellschaftlichen Strukturen (anstelle der »großen Männer und Frauen«). Das alles bleibt zwar im Rahmen bürgerlicher Politik und Systemerhaltung, aber in einem aufgeklärten, von nationalkonservativen Standpunkten weit entfernten Sinne. Im Wesentlichen geht es dieser Richtung um die Kritik von Größenwahn, Militarismus, des politischen Versagens von Regierungen, des *»deutschen Sonderweges«*, der Kanalisierung sozialer Spannungen durch den Krieg. Eine antikapitalistische Stoßrichtung ist das noch nicht, weil der Ausweg durch aufgeklärte und vernünftige Politik als möglich und notwendig gesetzt ist.

Die Fischer-Kontroverse, die als Tabubruch innerhalb der bürgerlichen Geschichtsforschung begonnen hatte, führte so immerhin zu begrenzt fortschrittlichen Resultaten, die die Sicht auf den Ersten Weltkrieg im Besonderen, Kriegsursachen im Allgemeinen ein Stück weit zum Positiven veränderten. Doch inzwischen hatten wir die »Zeitenwende« von 1990, und die Führungseliten der heutigen BRD möchten mit zeitweiligen Einsichten dieser Art nichts mehr zu tun haben. Münkler gehört seit langem zu den Gegnern der Fischer-Schule und zu den Revisionisten ihrer begrenzten Einsichten. Hierbei kann er sich auf viele stützen, etwa den Australier Christopher Clarke (Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, London 2012) und den Briten Niall Ferguson (Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999).

Kriegsursachen in der Logik des kapitalistischen Systems

Der springende Punkt in der Bewertung der Kriegsursachen ist der Widerspruch zwischen »vernünftiger Politik« auf der Basis subjektiven Wollens, wie die bürgerlichen Geschichtsforscher, auch die in der Tradition der Fischer-Schule aufgeschlosseneren Kreise das verstehen, und der Logik der langfristig und prinzipiell (»hinter dem Rücken der Menschen«) wirkenden Klasseninteressen im kapitalistischen System.

Historiker wie Münkler, Clarke und Ferguson bestreiten die marxistische Sicht, die die Kriegsursachen zum Ersten Weltkrieg letztlich in der Profitlogik verortet, darüber hinaus im Interesse der Herrschenden, ihre gesellschaftlichen Machtpositionen gegen die Gefahr des Niedergangs zu verteidigen. Sie argumentieren mit den guten Absichten der Regierungen (etwa dem Friedenswillen des deutschen Reichskanzlers Bethmann-Hollweg). Sie weisen nach, dass Konzernherren, Bankiers, Geschäftsleute sich gegen den Krieg aussprachen, die nachhaltige und unkalkulierbare Störung ihrer Geschäfte als Horrorvorstellung empfanden und dass überhaupt die kapitalistische Wirtschaft international schon sehr weit verflochten war. Diese oberflächlichen Beschreibungen erscheinen banal. Der Kapitalist an sich will individuell den offenen Krieg genauso wenig wie die ökonomische Rezession (es sei denn, dass in spezi-

1) Ein zweiter großer Historikerstreit, diesmal um den Zweiten Weltkrieg, fand in den achtziger Jahren in der BRD statt. Ausgelöst hatte diesen der Nationalkonservative Ernst Nolte mit der Behauptung, für den Kriegsausbruch 1939 sei die Sowjetunion verantwortlich. Der NS-Faschismus habe mit seinem »Rassenkrieg« lediglich präventiv darauf reagiert, dass die Bolschewiki den »Klassenkrieg« auf Europa ausdehnen wollten.

ellen, voraussehbaren Einzelfällen für ihn ein besonderer Profit dabei herausspringt). Er kann jedoch nichts daran ändern, dass »hinter seinem Rücken« die Bedingungen zu ökonomischen oder politischen Krisen heranreifen und an Schärfe zunehmen, die auch durch gutgemeinte Überbrückungsversuche der gegensätzlichen Interessen nicht mehr steuerbar sind.

Die Einzelinteressen der beteiligten Großmächte (übrigens auch die der kleinen wie Serbien und – unfreiwillig – Belgien) können hier nur angedeutet werden, weil sie nur aufgrund umfangreicher Forschungen und Analysen zu verstehen sind. Natürlich stand für Österreich-Ungarn der Bestand des Reiches, mindestens aber der Großmachtstatus auf dem Spiel. Für Deutschland als stärkste Macht des Kontinents war es nach außen der Gegensatz zur einzig wahren Weltmacht, dem Britischen Reich, aus Gründen des Prestiges wie auch einer Neuaufteilung des Kolonialbesitzes und Öffnung des Weltmarkts. Nach innen kam die Bedrohung der Standesprivilegien des adeligen Großgrundbesitzes und des Machtgefüges in der überholten Bismarck'schen Reichsverfassung hinzu (Versuch, durch Krieg von inneren sozialen Spannungen abzulenken). Für die Ententemächte gab es weniger drängende Probleme: Für Frankreich war es die Wiedergewinnung Elsass-Lothringens, für Großbritannien die Erhaltung des Status quo gegen deutsche Revisionswünsche. Russland wiederum hatte seine Niederlage gegen Japan und den ersten Revolutionsversuch von 1905 noch nicht verdaut; das Zarenregime sah sich unter dem Zwang, seine Autorität innen- und außenpolitisch wiederherzustellen. Zusammengenommen ergibt sich hieraus ein größerer konkreter Anteil Berlins und Wiens an der Entfesselung des Krieges, ohne die anderen Mächte freizusprechen. Denn die Gründe waren auf allen Seiten Motive der Herrschenden.

Arbeiterbewegung und Kriegsfrage

So ergibt sich die Frage nach dem Verhalten der Arbeiterparteien und Gewerkschaften aller beteiligten Länder. Nur hier liegen unsere Interessen und unsere Eingreifmöglichkeiten. Der Stuttgarter Kongress der Zweiten Internationale, der 1907 tagte, beschloss folgende Formel: *»Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.«* Praktische Konsequenzen wurden daraus 1914 jedoch nicht gezogen. Parallel zu dem Austausch der ersten Kriegserklärungen und dem Einmarsch deutscher Truppen in Belgien (als Durchmarsch Richtung Paris) beschloss die Generalkommission der Gewerkschaften am 1. und 2. August 1914, alle laufenden Streikbewegungen zu stoppen und während des Krieges die Streikunterstützungen auszusetzen. Die SPD-Reichstagsfraktion stimmte der Bewilligung der Kriegskredite zu. Sie verurteilte das Verhalten von Karl Liebknecht, der erklärte: *»Der Feind steht im eigenen Land!«* Gemeint waren aus seiner Sicht nicht die britischen, französischen und russischen Arbeiter, sondern die Kapitalisten, besonders die eigenen.

1914 war ein entscheidender Wendepunkt der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Zwar hatten sich Veränderungen seit längerem vollzogen, u.a. durch Verbesserungen der Lebensumstände der Arbeiterklasse bzw. der besser gestellten Teile von ihr, soziale Absicherungen, geringfügige Teilhabe an den Ergebnissen kolonialer Ausbeutung. Gewerkschaften und Arbeiterparteien waren schon teilweise eingebunden in parlamentarische Politik oder gar (Frankreich) Ministerposten. Der Reformismus als politische Erscheinung war nicht neu. Jetzt aber kam er voll zum Durchbruch, erhielt eine neue Qualität. Die Partei- und Gewerkschaftsführer gingen offen ins Regierungslager über, und große Teile der Basis folgten ihnen, genauer: Nur wenige wagten Widerstand, und das häufig erst im weiteren Verlauf des Krieges.

Der ideologische Köder war die Verteidigung des »Vaterlandes«, schmackhaft gemacht mit der Aussicht auf weitere Verbesserungen und gesellschaftliche Anerkennung und verbunden mit der Warnung vor einem Sieg des russischen Despotismus (in unseren Tagen ist dies -nach dem Verschwinden der »kommunistischen Bedrohung«- wohl der »internationale Terrorismus«). Praktische Wirksamkeit entfaltete die Vaterlandsverteidigung -außer dem Massensterben an der Front- durch die Beteiligung der Gewerkschaften an Kriegshilfsdiensten aller Art (Arbeitslosenfürsorge, Ernährung, Verteilung der Renten an Hinterbliebene), die Historiker wie Münkler heute als Durchsetzung des Sozialstaatsprinzips preisen, und an der Vermeidung bzw. Beendigung von Streiks (heute Sozialpartnerschaft genannt). Der Ausgang der Novemberrevolution, in der die Mehrheit der Sozialdemokratie einer nur kleinen revolutionären Strömung in der Arbeiterbewegung gegenüberstand und ihren »Frieden« mit Kapital und Heeresleitung schloss, bereitete sich hier vor.

Es gab natürlich auch die andere Seite. Nach dem kläglichen Zusammenbruch der Zweiten Internationale tagte vom 5. bis 8. September 1915 in dem kleinen Ort Zimmerwald in der Nähe der schweizerischen Hauptstadt Bern eine Konferenz von Kriegsgegnern, 37 an der Zahl, deren Ziel die Wiederbelebung der internationalen Klassensolidarität und die Umsetzung des Beschlusses war, den Krieg zu sabotieren. Sie war vorbereitet worden von SozialdemokratInnen der Schweiz und (des damals noch neutralen) Italiens, nachdem auch aus kriegführenden und anderen neutralen Staaten positive Rückmeldungen gekommen waren. Als »Zimmerwalder Linke« wurde später die Gruppe um Lenin bekannt. Die Verselbständigung eines revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung empfing hier wichtige Impulse. 29.1.2014 ■

■ AUS ROSA LUXEMBURGS JUNIUS-BROSCHÜRE, 1916, AUSZUG:

Der Weg in den Ersten Weltkrieg

… Die Vorgänge und Triebkräfte, die zum 4. August 1914 führten, waren keine Geheimnisse. Der Weltkrieg wurde seit Jahrzehnten vorbereitet, in breitester Öffentlichkeit, im hellichten Tage, Schritt für Schritt und Stunde um Stunde. …

Der kapitalistische Aufschwung, der nach der Kriegsperiode der sechziger und siebziger Jahre in dem neukonstituierten Europa Platz gegriffen und der namentlich nach Überwindung der langen Depression, die dem Gründerfieber und dem Krach des Jahres 1873 gefolgt war, in der Hochkonjunktur der neunziger Jahre einen nie dagewesenen Höhepunkt erreicht hatte, eröffnete bekanntlich eine neue Sturm- und Drangperiode der europäischen Staaten: ihre Expansion um die Wette nach den nichtkapitalistischen Ländern und Zonen der Welt. Schon seit den achtziger Jahren macht sich ein neuer besonders energischer Drang nach Kolonialeroberungen geltend. …

Alle diese Schlag auf Schlag erfolgten Vorgänge schufen neue außereuropäische Gegensätze nach allen Seiten: zwischen Italien und Frankreich in Nordafrika, zwischen Frankreich und England in Ägypten, zwischen England und Rußland in Zentralasien, zwischen Rußland und Japan in Ostasien, zwischen Japan und England in China, zwischen den Vereinigten Staaten und Japan im Stillen Ozean – ein bewegliches Meer, ein Hin- und Herwogen von scharfen Gegensätzen und vorübergehenden Allianzen, von Spannungen und Entspannungen, bei denen alle paar Jahre ein partieller Krieg zwischen den europäischen Mächten auszubrechen drohte, aber immer wieder hinausgeschoben wurde. Es war daraus für jedermann klar: 1. daß der heimliche, im stillen arbeitende Krieg aller kapitalistischen Staaten gegen alle auf dem Rücken asiatischer und afrikanischer Völker früher oder später zu einer Generalabrechnung führen, daß der in Afrika und Asien gesäte Wind einmal nach Europa als fürchterlicher Sturm zurückschlagen mußte, um so mehr, als der ständige Niederschlag der asiatischen und afrikanischen Vorgänge die steigenden Rüstungen in Europa waren, 2. daß der europäische Weltkrieg zur Entladung kommen würde, sobald die partiellen und abwechselnden Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten eine Zentralisationsachse, einen überwiegenden starken Gegensatz finden würden, um den sie sich zeitweilig gruppieren können. Diese Lage wurde geschaffen mit dem Auftreten des deutschen Imperialismus.

In Deutschland kann das Aufkommen des Imperialismus, das auf die kürzeste Zeitspanne zusammengedrängt ist, in Reinkultur beobachtet werden. Der beispiellose Aufschwung der Großindustrie und des Handels seit der Reichsgründung hat hier in den achtziger Jahren zwei charakteristische eigenartige Formen der Kapitalakkumulation hervorgebracht: die stärkste Kartellentwicklung Europas und die größte Ausbildung sowie Konzentration des Bankwesens in der ganzen Welt. Jene hat die Schwerindustrie, das heißt gerade den an Staatslieferungen, an militärischen Rüstungen wie an imperialistischen Unternehmungen (Eisenbahnbau, Ausbeutung von Erzlagern usw.) unmittelbar interessierten Kapitalzweig zum einflußreichsten Faktor im Staate organisiert. Dieses hat das Finanzkapital zu einer geschlossenen Macht von größter, stets gespannter Energie zusammengepreßt, zu einer Macht, die gebieterisch schaltend und waltend in Industrie, Handel und Kredit des Landes, gleich ausschlaggebend in Privat- wie in Staatswirtschaft, schrankenlos und sprunghaft ausdehnungsfähig, immer nach Profit und Betätigung hungernd, unpersönlich, daher großzügig, wagemutig und rücksichtslos, international von Hause aus, ihrer ganzen Anlage nach auf die Weltbühne als den Schauplatz ihrer Taten zugeschnitten war. …

Die englische Seeherrschaft aber, die heute sogar manchem deutschen Sozialdemokraten den ruhigen Schlaf raubt und deren Zertrümmerung nach diesen Braven für das Wohlergehen des internationalen Sozialismus dringend notwendig erscheint, diese Seeherrschaft – eine Folge der Ausdehnung des britischen Reichs auf fünf Weltteile – störte den deutschen Kapitalismus bisher so wenig, daß dieser vielmehr unter ihrem »Joch« mit unheimlicher Schnelligkeit zu einem ganz robusten Burschen mit drallen Backen aufgewachsen ist. Ja, gerade England selbst und seine Kolonien sind der wichtigste Eckstein des deutschen großindustriellen Aufschwungs, wie auch umgekehrt Deutschland für das britische Reich der wichtigste und unentbehrliche Abnehmer geworden ist. Weit entfernt, einander im Wege zu stehen, sind die britische und die deutsche großkapitalistische Entwicklung aufs höchste aufeinander angewiesen und in einer weitgehenden Arbeitsteilung aneinander gekettet, was namentlich durch den englischen Freihandel in weitestem Maße begünstigt wird. Der deutsche Warenhandel und dessen Interessen auf dem Weltmarkt hatten also mit dem Frontwechsel in der deutschen Politik und mit dem Flottenbau gar nichts zu tun.

Ebensowenig führte der bisherige deutsche Kolonialbesitz an sich zu einem gefährlichen Weltgegensatz und zur Seekonkurrenz mit England. Die deutschen Kolonien bedurften keiner ersten Seemacht zu ihrem Schutze, weil sie bei ihrer Beschaffenheit kaum jemand, England am wenigsten, dem Deutschen Reich neidete. …

Der Flottenbau und die Rüstungen wurden an sich zum grandiosen Geschäft der deutschen Großindustrie, sie eröffneten zugleich unbegrenzte Perspektiven für die weitere Operationslust des Kartell- und Bankkapitals in der weiten Welt. Damit war das Einschwenken sämtlicher bürgerlicher Parteien unter die Fahne des Imperialismus gesichert. Dem Beispiel der Nationalliberalen als des Kerntrupps der imperialistischen Schwerindustrie folgte das Zentrum, das gerade mit der Annahme der von ihm so laut denunzierten weltpolitischen Flottenvorlage im Jahre 1900 definitiv zur Regierungspartei wurde; dem Zentrum trabte bei dem Nachzügler des Flottengesetzes – dem Hungerzolltarif – der Freisinn nach; die Kolonne schloß das Junkertum, das sich aus einem trutzigen Gegner der »gräßlichen Flotte« und des Kanalbaus zum eifrigen Krippenreiter und Parasiten des Wassermilitarismus, des Kolonialraubs und der mit ihnen verbundenen Zollpolitik bekehrt hatte. Die Reichstagswahlen von 1907, die sogenannten Hottentottenwahlen, enthüllten das ganze bürgerliche Deutschland in einem Paroxismus der imperialistischen Begeisterung unter einer Fahne fest zusammengeschlossen, das Deutschland von Bülows, das sich berufen fühlt, als Hammer der Welt aufzutreten. Und auch diese Wahlen – mit ihrer geistigen Pogromatmosphäre – ein Vorspiel zu dem Deutschland des 4. August – waren eine Herausforderung nicht bloß an die deutsche Arbeiterklasse, sondern an die übrigen kapitalistischen Staaten, eine gegen niemand im besonderen, aber gegen alle insgesamt ausgestreckte geballte Faust. … ■

Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Berlin 1974, S. 74ff;
oder: **http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1916/junius/**

Berlin: Streik bei der PIN AG für Lohn- und Manteltarifvertrag

Der Berliner Briefdienstleister PIN AG wurde im April 1999 von Bernhard Klapproth und Martina Roitzsch in Berlin gegründet. Die Briefzustellung begann am 17. August 1999.

Mit der Liberalisierung des Postmarktes im Jahre 2004 stiegen große Medienkonzerne wie die Axel Springer AG und die Holtzbrinck Verlagsgruppe in das Unternehmen ein. In den folgenden Jahren durchlief es mehrere Wandlungen. Weitere Presseunternehmen beteiligten sich an der PIN AG, so dass sie im Jahr 2007 zur einzigen ernsthaften Konkurrentin für die Deutsche Post AG aufstieg.

Da aber mit der Öffnung des Postmarktes die Zahl der Briefdienstleister explosionsartig stieg, entwickelte sich die PIN AG nicht wie erhofft. Die privaten Unternehmen waren in der Regel nur lokal, allenfalls regional verankert. Deshalb scheiterte der Versuch, mit ihnen ein bundesweites Netz alternativ zu dem der Post aufzubauen. Viele der kleinen Anbieter hatten daran kein Interesse oder besaßen schlicht und einfach nicht die finanziellen Mittel, um ihren Beitrag dazu zu leisten.

Immerhin gelang es der PIN AG, die Ausschreibung für die gesamte Berliner Behördenpost zu gewinnen. So konnte sie sich mit diesem Auftrag wenigstens regional eine solide wirtschaftliche Grundlage sichern.

Scheitern des Branchenmindestlohns

Von da an sah die Post sah die PIN AG als Gefahr an. Sie befürchtete, diese könne durch niedrige Löhne im Zustellsektor das eigene Geschäft drastisch beeinträchtigen.

Zusammen mit ver.di nutzte sie das sog. Entsendegesetz, um Mindestlöhne für die Briefbearbeitung und die Zustellung festzulegen. Im November 2007 wurde ein Branchentarifvertrag vereinbart, den wenig später das Arbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklärte. Danach sollten 8,00 eur für Sortierkräfte und 9,80 EUR für Zusteller zukünftig mindestens bezahlt werden. Parallel dazu liefen Tarifverhandlungen mit der PIN AG, die aber zu keinem Ergebnis führten.

Die PIN AG zahlte trotz heftiger Proteste die Mindestlöhne, da der aus SPD und Linken gebildete Berliner Senat darauf bestand. Der für die Vergabe der Lizenzen zuständige Wirtschaftsminister Wolff drohte widrigenfalls mit der Nichtverlängerung des Zustellauftrags.

Als nach zwei Jahren die Verbindlichkeitserklärung wegen eines Formfehlers außer Kraft gesetzt wurde, kehrte die PIN AG zu den alten Löhnen zurück. Für wenige KollegInnen wurde der Lohn gegenüber ihrem früheren Entgelt leicht angehoben, so dass die vom Senat für die Vergabe öffentlicher Leistungen festgelegte Lohnuntergrenze in Höhe von 7,50 EUR nicht unterschritten wurde.

Ein erster Anlauf zum Abschluss eines Tarifvertrages

Die Beschäftigten forderten nach dieser drastischen Lohnsenkung ver.di auf, einen Tarifvertrag für sie abzuschließen. Ver.di versprach initiativ zu werden, sobald wenigstens 50% der Beschäftigten Mitglieder der Gewerkschaft geworden seien. Als dieses Quorum erreicht wurde, schrieb der Berliner Bezirk des Fachbereiches 10 einen Brief an den Vorstand der PIN AG und forderte ihn auf, Tarifverhandlungen aufzunehmen. Deren Vorsitzende Thiel sagte ein Gespräch zu. Doch zwei Tage vor dem anberaumten Termin blies er das Treffen ab.

Auf eine derart barsche Absage waren die Hauptamtlichen und die im Fachbereich Organisierten nicht vorbereitet. Da der Fachbereich die Beschäftigten nicht mit einbezogen hatte, Aktionen und Streiks nicht vorbereitet worden waren, stand er wie gelähmt da und konnte die Welt nicht mehr begreifen.

Depression und Neubeginn

Es setzte eine zwei Jahre dauernde Phase der Niedergeschlagenheit ein, die durch Hunderte von Austritten, mehrfache Wahlen des Betriebsrates und eine Desorientierung der Betriebsgruppe gekennzeichnet war. Einige wollten sich nur noch auf das Betriebsverfassungsgesetz stützen und darüber Regelungen für die Beschäftigten durchsetzen. Andere plädierten für die Etablierung von ver.di Strukturen im Betrieb, ohne dafür aber eine Basis zu haben.

Im November 2012 verlangten die Beschäftigten auf einer Betriebsversammlung erneut von ver.di, für sie einen Tarifvertrag abzuschließen. Sie kritisierten die ungeregelten Beschäftigungsverhältnisse und den Umstand, dass bereits seit zehn Jahren der Lohn stagniere. Wieder stellte ver.di die Bedingung, dass erst 50 Prozent der Beschäf-

tigten gewerkschaftlich organisiert sein müssten bevor die Gewerkschaft sich engagiere. Nach einem Jahr zäher Aktivität gelang dies wenigstens im Zustellbereich.

ver.di stand nun unter erheblichem Druck und konnte sich eine erneute Niederlage nicht erlauben. Nach der desaströsen Verhandlungsführung 2009 wurde beschlossen, dem Landesbezirk ver.di die Aufgabe zu übertragen. Deren stellvertretender Vorsitzender Roland Tremper übernahm die Leitung der dafür eingesetzten Kommission.

Zweiter Anlauf

Gefordert wurde eine Lohnerhöhung um mindestens 10%, die Abschaffung der Anwesenheitsprämien, die Vereinbarung von Lohntabellen mit Dienstzeitstufen, die Zahlung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie klare Regelungen zur Arbeitszeit.

Immerhin ließ sich die PIN AG nach anfänglichem Zögern auf Verhandlungen ein, war aber nicht bereit, auf einen Abschluss zu orientieren.

Die Verhandlungen wurden von Anfang an durch Streiks begleitet. Dabei war interessant, dass zwar nur 230 von 700 Zustellern die Arbeit niederlegten, in den Zustelldepots Charlottenburg, Spandau und Wedding jedoch über 90 Prozent der Zusteller am Ausstand teilnahmen.

Die PIN AG versuchte die Polizei für ihre Zwecke einzuspannen, erteilte Hausverbote und kündigte engagierten Gewerkschaftern fristlos. Doch damit konnte sie die Moral der Streikenden nicht brechen.

Nach dem Scheitern der sechsten Verhandlungsrunde am 26. November leitete ver.di die Urabstimmung ein. 97,4 Prozent der Abstimmenden votierten für einen unbefristeten Streik.

Als ver.di merkte, dass sie nach diesem eindeutigen Votum der Beschäftigten immer noch hingehalten wurde, stellte sie ein Ultimatum und verlieh diesem durch einen zweitägigen Ausstand Nachdruck.

Die PIN AG sperrte an den folgenden Tag die zweihundert KollegInnen, die die Arbeit niedergelegt hatten, aus. Sie griff damit zu einem Instrument der Arbeitskampfführung, dass nur noch die älteren von uns kennen. ver.di rief daraufhin sofort den unbefristeten Streik aus.

Die Aussperrung

Die PIN AG signalisierte mit dieser Entscheidung, dass sie sich nicht friedlich einigen wolle und dass es ihr auch egal sei, ob in über zweihundert Zustellbezirken in den kommenden Tagen nicht zugestellt werde. Dies führte nicht nur beim Senat und der der PIN AG wohlwollend gegenüberstehende Presse zu Verstimmungen, auch viele Privatunternehmen protestierten heftig dagegen, mussten sie doch befürchten, dass vor Weihnachten ihre Post nicht mehr ausgeliefert werde und damit wichtige Geschäfte platzen könnten. Auch unter den Bürgern Berlins, den gewerkschaftlich organisierten allemal, fand die Aussperrung keine Zustimmung, sondern im Gegenteil. Sie verschaffte dem Streik Aufmerksamkeit und führte zu breiter Solidarisierung mit den KollegInnen.

Selbst die PIN AG war sich der Folgen der Aussperrung nicht bewusst. Sie hatte nicht mit der Schelte von Öffentlichkeit und den mit ihr zusammenarbeitenden Unternehmen gerechnet. Sie bekam auch die betrieblichen Prozesse nicht in den Griff. Ganze Zustellbasen fielen vollständig aus, so dass nicht einmal Streikbrecher angelernt werden konnten. Auch der Produktionsbetrieb zeigte sich einer solchen Herausforderung nicht gewachsen. Da die nicht zustellbaren Sendungen nicht gelagert werden konnten, musste sie ihrem Konkurrenten der Post übergeben werden. Kamen dort die Sendungen in den ersten Tagen noch geordnet in Behältern an, lieferte die PIN AG sie in den folgenden Tagen säckeweise auf. Und teuer wurde dies für sie überdies noch.

Der Abschluss

Ebenso panikartig wie sie die Aussperrung beschlossen hatte, kehrte sie zu einer Verhandlungslösung zurück. In einer kurzfristig anberaumten Nachtsitzung wurden Abschlüsse zu einem Lohn- und Manteltarifvertrag vereinbart. ver.di konnte sich weitgehend durchsetzen.

Auf der Basis der Vollzeitkräfte wurden feste Monatslöhne vereinbart, die in zwei Stufen, beginnend mit dem 1. Januar 2014 steigen werden. Sie beinhalten klar definierte nach Betriebszugehörigkeit gestaffelte Erfahrungsstufen. Die Anwesenheitsprämie konnte zwar nicht verhindert, aber in der Höhe reduziert und zum festen Bestandteil der Lohnzahlungen deklariert werden. Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld werden zukünftig bezahlt. Es wurden sogar die Beschäftigten tarifiert, die nicht in die Auseinandersetzungen einbezogen wurden wie etwa die Kräfte in der stationären Bearbeitung. Und die vom Arbeitgeber für die Streikbrecher gezahlte Prämie, wurde für die streikenden in gleicher Höhe als Einmalbetrag vereinbart. So dürfte sich das gespannte Verhältnis zwischen Streikteilnehmern und Streikbrechern im Betrieb bald wieder beruhigen.

Die Arbeitszeit wurde auf 40 Stunden festgelegt, darf aber innerhalb von 24 Wochen zwischen 38 und 42 Stunden pendeln, ähnlich wie bei den Zustellern der Post. Der Entgelt- und Manteltarifvertrag besitzt eine Laufzeit von 24 Monaten.

Fazit

Mit einem nur wenige Tage dauernden unbefristeten Streik schaffte ver.di im Sektor der privaten Postdienstleistungen ein Novum. Zum ersten Mal gelang es, einer Firma in diesem Sektor einen Tarifvertrag abzutrotzen.

Dies war im Wesentlichen der Entschlossenheit eines Teils der KollegInnen zu verdanken, aber auch der Entschiedenheit der Verhandlungskommission, in der für das Geschäftsergebnis des Unternehmens wichtigen Weihnachtszeit den Streik zu zuspitzen. Viele Gewerkschaften scheuen mittlerweile, bei Auftragsspitzen oder sonstigen für die Unternehmen wichtigen Zeiten einen Arbeitskampf zu führen.

Die Beschäftigten der Post blieben während dieses Arbeitskampfes weitgehend außen vor. Informationen über Aktionen wurde nur kurzfristig weitergegeben, so dass eine aktive Solidarisierung nicht möglich war. Immerhin besuchten einige Betriebsratsgremien wie auch das des BZ 10 in einer Pause eine Kundgebung der Streikenden.

03.04.2014 ■

■ ZUR DISKUSSION:

Schwellenland China

Mit Wirtschaftswachstum und -diplomatie gegen die Hegemonie der kapitalistischen Zentren unter der Führung der USA

Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 sind China und andere große Schwellenländer zu ökonomischen Hoffnungsträgern der technologisch dominierenden kapitalistischen Zentren geworden. In Berührung mit China kommt die lohnabhängige Bevölkerung der industriell hochentwickelten Staaten hauptsächlich über die Billigwaren, die einerseits für den eigenen Konsum günstig sind, andererseits Arbeitsplätze gefährden können. Bei ihrem notwendigen kritischen Blick auf die Entwicklung in China übersehen europäische Sozialisten allzu oft einen Punkt: Die Schwierigkeiten, die sozialen und ökologischen Probleme des chinesischen Weges ergeben sich daraus, dass es bisher keine siegreiche Revolution in einem industriell entwickelten Land gegeben hat. Eigene Wunschvorstellungen trüben leicht den Blick auf die Entwicklung Chinas.

Voraussetzung für die Anhebung des Lebensstandards der Menschen ist die Industrialisierung. Sie kann unter den heute weltweit herrschenden Voraussetzungen nur in den Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise und unter Berücksichtigung der militärischen Übermacht der USA angegangen werden. Dabei ist entscheidend, inwieweit den Ländern des globalen Südens, die ihre Industrie erst entwickeln wollen, Handel und neue Produktionsstätten nutzen - und nicht nur den Unternehmen der kapitalistischen Zentren USA, EU oder Japan.

Wir setzen uns mit den Fragen auseinander: Wie ist es zu diesem Weg Chinas gekommen? Welche Widersprüche treten bei dieser Entwicklung auf?

Gezwungen, einen unbekannten Weg einzuschlagen

In den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts konnten die Ansprüche der Sowjetunion aufgrund ihrer Schutzrolle gegenüber dem Imperialismus und die aufgrund ihrer siegreichen Revolution selbstbewusste, eigenständige Politik Chinas nicht auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. 1960 kam es zum Bruch. Der Abzug der für den Aufbau einer Industrie im agrarischen China so wichtigen sowjetischen Techniker führte das Land an den Rand einer Katastrophe. Eigene Versuche („Großer Sprung“, Volkskommunen 1958/59) die Wirtschaft voranzubringen, waren gescheitert. Auch mit der Kulturrevolution wurden die Probleme nicht gemeistert.

Die chinesische Führung stellte bald fest, dass sich der technologische Abstand Chinas zu den kapitalistischen Zentren zunehmend vergrößerte. Hier den Anschluss an die Entwicklung zu verpassen würde bedeuten, China dem Imperialismus so wehrlos auszusetzen wie in den Opiumkriegen Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Benachteiligung und Demütigung, die China durch die Kolonialpolitik der kapitalistischen Staaten erlitten hatte, ist nicht vergessen.

China sah sich isoliert. Schon in der Sowjetunion in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts war die Losung „Sozialismus in einem Lande“ nur aus großer Not geboren, weil die SU in ihrem Existenzkampf nach der Oktoberrevolution von den Arbeiterklassen der Industrieländer alleine gelassen worden war.

Der Wegfall der sowjetischen Aufbauhilfe sowie der Sicherheit eines Schutzes gegen imperialistische Aggressionen stellte China vor die Frage, wie unter diesen besonderen Bedingungen eine unabdingliche eigenständige Entwicklung stattfinden könne. China demonstrierte dann gegenüber den USA einen von der SU unabhängigen, einen nationalen Weg, indem es z. B. den revolutionären Befreiungskampf der Vietnamesen nicht mehr unterstützte und Vietnam nach 1975 sogar militärisch bekämpfte (was die Vietnamesen ihnen bis heute zurecht übel nehmen). Und die USA, die eine Möglichkeit sahen, die Spaltung im sozialistischen Lager zu vertiefen, kamen China in der Taiwan-Frage etwas entgegen. Mit dieser Öffnung wurde ein eigener Weg zur Industrialisierung vorbereitet, der vor dreißig Jahren mit einer Wirtschaftssonderzone begann.

Im Bewusstsein, dass der Sprung eines Agrarstaates zum modernen Industriestaat – als Voraussetzung für den Sozialismus - isoliert nicht gelingen konnte, wurde die ab 1978 angestrebte Politik der Aneignung des technologischen Fortschritts des Kapitalismus alternativlos. Das war dann der Beginn, dass sich China in die kapitalistische Weltwirtschaft eingliederte.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA

China benötigte Investitionen, die neuen Technologien und die moderne Arbeitsorganisation. Sie sollten von dort geholt werden, wo sie am höchsten entwickelt waren: von den USA. Nach dem Beispiel asiatischer Nachbarn hat China als Zulieferer und verlängerte Werkbank angefangen. Bauern erlernten die industrielle Arbeitsweise. Für diesen Prozess wurde überall auf der Welt mindestens eine Generation gebraucht.

Mit den steigenden Erlösen aus den wachsenden Exporten billiger Waren konnte die Industrie diversifiziert und mit verbesserter Technik ausgerüstet werden. Notwendige Infrastruktur wurde ausgebaut. Eigene Forschung wurde entwickelt. So wurde aus einem Entwicklungsland ein Schwellenland. In der heutigen gegenseitigen ökonomischen Abhängigkeit beider Staaten sehen die Chinesen die Minderung einer Kriegsgefahr. Diese Bedeutung hat auch das Schuldner-Gläubiger-Verhältnis zwischen den USA und China. China besitzt amerikanische Staatsanleihen im Wert von mehr als einer Billion Dollar und ist damit weltweit größter Gläubiger der USA. Anfang 2014 betrug der Wert der gesamten Devisenreserven 3,8 Billionen US-Dollar (entspricht 2,8 Billionen Euro).

Anti-Hegemoniepolitik

US-Konzerne nutzen den chinesischen Markt schon seit zwanzig Jahren, um ihre Profitinteressen zu realisieren. Ihr Interesse bestimmt die Politikvariante der USA der **partnerschaftlichen Beziehungen**, hinter der das Bestreben steht, China in die US-Politik einzubinden. Der starke US-Export nach China sichert und schafft in den USA Arbeitsplätze. Andere starke Kräfte in den USA setzen auf die zweite Politikvariante, die Bekämpfung des wachsenden chinesischen Einflusses in der Welt.

Die enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen China und den USA hat am Widerspruch, der zwischen dem weltweiten Führungsanspruch der USA und der stetig wachsenden politischen Rolle Chinas besteht, nichts geändert. Wenn dieser Widerspruch auch beim Schmusekurs gegenüber dem Großkapital während der Periode Jiang Zemins kleingeredet wurde – Chinas Anti-Hegemonie-Politik zieht

sich wie ein roter Faden durch die letzten 60 Jahre. Wurzelt dieser selbstständige Weg auch im Selbstbewusstsein durch die eigene Revolution, er brachte nationalistische Töne und nationalistisches Gebaren hervor. Auf der anderen Seite haben sich die politischen Ziele der USA, China einerseits einzubinden und andererseits seine Wirkungsmöglichkeiten zu begrenzen, nie gegenseitig ausgeschlossen.

Breitere Basis für die Anti-Hegemoniepolitik

Wurde in der Zeit der »Wende« der globale Gegensatz der Gesellschaftssysteme auch aufgehoben, so nicht der Klassengegensatz in den Gesellschaften sowie der Gegensatz zwischen den kapitalistischen Zentren und den eine selbstbestimmte Entwicklung anstrebenden Staaten. Die Politik der USA zur Aufrechterhaltung ihrer globalen Vormachtstellung stellte sich konkret in ihren Kriegen gegen Afghanistan 2001 und Irak 2003 dar und wirkte auf Entwicklungsländer wie eine Drohung[1)].

Die Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise nach dem Scheitern des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion zeigte der chinesischen Führung, dass eine längere Periode der Dominanz des Kapitalismus anstand. Um sich wirtschaftlich und gesellschaftlich entwickeln zu können brauchen die Staaten, die eine industrielle Entwicklung anstreben, brauchen Frieden. In Einschätzung der eigenen Möglichkeiten ergriff China deshalb diplomatische Initiativen mit dem Ziel, Konflikte friedlich zu kontrollieren und auszutragen. Das konnte am ehesten gelingen in einem abgestimmten diplomatischen Vorgehen mit relativ starken Staaten außerhalb der kapitalistischen Zentren, die sich wie China in einem Prozess der Industrialisierung befinden.

2004 vereinbarten Russland, Indien, Brasilien und China in Jekaterinburg, alljährlich gemeinsam zu beraten, wie dem globalen Machtanspruch der kapitalistischen Zentren, besonders der USA, ein multipolarer Regionalismus, technologische Zusammenarbeit und die Betonung des Dialogs gegenüber der Anwendung von Gewalt zwischen den Staaten entgegengesetzt werden können. In den Entwicklungsländern sehen sie Verbündete, deren Ökonomie es zu stärken gilt. Bei der Realisierung der schon beschlossenen Gründung einer Entwicklungsbank und einer gemeinsamen Währungsreserve wirkt die Befürchtung eines chinesischen Übergewichts allerdings hemmend. Der Handel untereinander ist noch hauptsächlich auf das ökonomische Schwergewicht China ausgerichtet: China baut z. B. in Südafrika die Infrastruktur aus und arbeitet mit Brasilien in der Erdölgewinnung zusammen. Die teilweise Abwicklung des chinesischen Handels mit Russland und Brasilien in eigener Währung lässt die Bedeutung des US-Dollars als Weltwährung sinken.

Gegenseitige Vorteile durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit kapitalistischen Zentren

Die Grenzen der Kapitalakkumulation in den industriellen Zentren – wie sie sich besonders in der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 gezeigt haben – lassen Unternehmer besonders in China verstärkt Kapital investieren. Wenn sich dort das Wirtschaftswachstum auch inzwischen wieder abschwächt, die entscheidende Erweiterung des Absatzmarktes der industriellen Zentren findet hier statt, wo Nachfrage nach Investitionsgütern besteht.

China und andere Schwellenländer ermuntern ausländische Unternehmer zu Gemeinschaftsunternehmen mit lokalen Partnern (Joint -Venture), bei denen sie zur Hälfte Eigentümer sind. Durch die Erneuerungen in der Informationstechnologie fließen Ideen leichter. Im Schutz intellektuellen Eigentums sehen die Schwellen- und Entwicklungsländer vor allem das Ziel westlicher Konzerne, mit ihrem technischen Wissen die wirtschaftlich weniger entwickelten Staaten auszubeuten und damit die Entwicklung ihrer Ökonomien zu hemmen.

Trotz des befürchteten Technologietransfers können die Unternehmen der kapitalistischen Zentren schon aus Konkurrenzgründen nicht anders als ihre Produktion außerhalb ihres Heimatstandortes auszuweiten. Im Bewusstsein den technischen Vorsprung und damit die Gewinnspannen nicht für ewig zu haben, können sie nicht auf neue Möglichkeiten verzichten, Mehrwert zu erzeugen und zu realisieren. Denn hier können sie in wachsendem Maße Kapital anhäufen, akkumulieren. Im Gegensatz zu kleinen Entwicklungs- oder Schwellenländern hat ein Staat mit so großem Markt wie China ein Potenzial, mit dem es den Interessen der kapitalistischen Zentren etwas entgegensetzen kann.

Die Unternehmen erzielen mit ihrer Produktion in China hohe Gewinnspannen, die sie in ihren Heimatländern nicht mehr erreichen können. Das lässt nicht nur deutsche Kapitalisten in noch nie dagewesenem Maße Kapital in das Land exportieren. So hat z. B. für Deutschlands Maschinenbauer China die USA als wichtigsten Auslandsmarkt abgelöst. Durch seine Produktion in China, die 1980 begann, ist VW Ende 2013 die weltweite Nr. 2 der Automobilkonzerne.

In dieser Entwicklung entstehen auch zwischen Schwellenländern Widersprüche: Um sich machtpolitischer Dominanz zu entziehen, suchen ASEAN-Staaten[2)] nach einer Balance zwischen China, das nach jeder möglichen Ressource greift, die seiner wirtschaftlichen Entwicklung dienlich sein kann, und der Weltmacht USA. Die Einbindung in die kapitalistische Produktionsweise hat auch in den Wirtschaftsbeziehungen Chinas zu Entwicklungsländern Widersprüche aufbrechen lassen (Kasten China in Afrika).

Es sind die weltweiten Bedingungen des kapitalistischen Konkurrenzkampfes, die im Streben nach Wachstumsbeschleunigung auch in den Schwellenländern zu wirtschaftlicher Instabilität, unsicheren Arbeitsverhältnissen, katastrophalen Umweltzerstörungen und zum Auseinanderklaffen der sozialen Schere führen. Denn im Einklang mit der Natur und ohne Ausbeutung von Menschen durch Menschen zu leben, ist ohne die Überwindung der Profitproduktion nicht möglich.

Widersprüche bei der Entwicklung Chinas

Chinas Industrialisierung hat den Widerspruch zwischen der realen kapitalistischen Wirtschaft und dem gesellschaftspolitischen Ziel Sozialismus in der Verfassung des Staates hervorgebracht. Der Weg aus der anfänglichen Gleichheit in der Armut führte über die Privatinitiative in der Landwirtschaft, die zur Versorgung der Städte notwendig geworden war, zu einem „kontrollierten Kapitalismus“. Beständig wächst die Zahl der Industriearbeiter[3)]. In der Periode Jiang Zemins wurden dabei Verhältnisse wie im Manchesterkapitalismus zugelassen: Rechtlosigkeit und

1) Den sozialen und politischen Bewegungen Südamerikas ermöglichte die Bindung der USA an diese Kriege Raum zur freieren Entfaltung. Das führte zwischen 2004 und 2009 z.B. zur Bolivarianischen Allianz (ALBA) in Lateinamerika. Mit den Zielsetzungen Selbstbestimmung und soziale Verbesserungen strahlt ALBA inzwischen auf ganz Südamerika aus. Zu ALBA gehören inzwischen Antigua und Barbuda, Bolivien, Dominica, Ecuador, Cuba, Nicaragua, St. Lucia, St. Vincent und Grenadinen, Venezuela.

2) ASEAN-Freihandelszone: Seit 1993 Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand. 1995 kamen Vietnam und Laos, 1997 Myanmar und 1999 Kambodscha hinzu.

soziale Unsicherheit der Arbeiter begleiteten das enorme wirtschaftliche Wachstum.

Besonders die zweihundert Millionen Wanderarbeiter(innen), die in der Landwirtschaft überflüssig geworden sind, haben die schweren Lasten der Industrialisierung mit ihrem Mehrprodukt getragen. Ihre Wohnverhältnisse, Entlohnung, Arbeitszeiten und die Probleme bei der Schulbildung ihrer Kinder haben weltweit für ein negatives Bild von China gesorgt. Die zweite Generation der Wanderarbeiter hat inzwischen unter Schwierigkeiten einen gewissen Bildungsstand erworben.

Mit der Billigproduktion für das Ausland wurde in China das Kapital zusammengetragen, das überhaupt erst die industrielle und soziale Entwicklung ermöglichte: Für die Überwindung der Schwelle von der Billigproduktion zur Qualitätsproduktion – und damit zur Erhöhung des Lebensstandards - sind angesammelte Devisenreserven notwendig, mit denen eine Anhebung des Bildungsniveaus, ein Gesundheits- und Sozialwesen und der Ausbau der Infrastruktur angegangen werden können.

Gezwungen, für Verbesserungen ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen, haben die Wanderarbeiter Selbstbewusstsein gewonnen. Gestreikt haben aber nicht nur sie. Auch die Privatisierung staatlicher Betriebe wurde vom Widerstand der Beschäftigten begleitet. Die unterschiedliche Entwicklung chinesischer Regionen führte dazu, dass regional Polizei gegen Streikende eingesetzt wurde. Insgesamt haben die Streiks die regional und lokal politisch Verantwortlichen dazu gebracht, die Lebensverhältnisse der Werktätigen zu verbessern. Die Zentralregierung in Peking hat z. B. mit VW vereinbart auch im Westen Chinas ein Werk zu bauen, damit die gesamte Bevölkerung Xinjiangs - also besonders auch die Uiguren - an der Entwicklung des ganzen Landes teilnehmen kann.

Nicht die vom Staat eingerichteten und finanzierten Gewerkschaften, sondern - wie z. B. bei Honda und Foxconn - die Belegschaften selbst wehrten sich (2010) gegen ungerechte Behandlung und erlebten dabei die Solidarität der Bevölkerung. Ergebnis ist eine um sich greifende selbständige Organisierung. In einigen Regionen ist die Bedeutung der Belegschaftsversammlungen gewachsen. Während sich nicht nur ausländische Unternehmer gegen einen Mindestlohn aussprechen, setzen sich inzwischen landesweit Belegschaften mit eigenständigen Streiks für ihre Interessen ein. Sie organisieren sich selbst und werden von Arbeitsrechtlern beraten: Ein Streikrecht gibt es im Lande nicht, aber auch kein Streikverbot. Die neue Arbeitergeneration zeichnet sich durch ein wachsendes Selbstbewusstsein beim Vertreten ihrer eigenen Interessen aus.

Aus der Zielsetzung, alle Kräfte im Lande für den industriellen Fortschritt zu bündeln, sah die chinesische Führung im „rheinischen Kapitalismus“ interessante Aspekte. Nachgedacht wird über die Frage: Ist eine Kooperation zwischen Kapital und Arbeit nur denkbar, wenn dem Konflikt Raum gegeben wird? Und in den Medien wird gefragt: Werden ausländische Investoren abgeschreckt und die chinesische Wirtschaft geschädigt? Sollten Konflikte nicht besser kanalisiert werden? Doch wenn Unternehmer z. B. ihre Beschäftigten um einen Jahreslohn betrügen, ist die Öffentlichkeit gezwungen, sich mit der Realität auseinanderzusetzen.

Besonders ausländische Unternehmer erfahren, dass China nicht mehr nur Produktionsstandort mit billigen und bescheidenen Arbeitskräften ist. Südkoreanische Firmen sind bereits abgewandert. Anders als kleine Schwellenländer kann China nicht mit einer Produktionsverlagerung in ein anderes Land erpresst werden.

Die Industrialisierung führt auch zu erheblichen ökologischen Widersprüchen. Der Smog in den Millionenstädten ist dafür Ausdruck. Ein weiteres Problem ist die größer werdende Nachfrage aus Landwirtschaft, Industrie und Städten. Sie wird die begrenzten Wasservorräte Chinas weit übersteigen. Auf Welt-Klima-Konferenzen prangern die westlichen Regierungen scheinheilig die Schwellenländer u.a. wegen ihres CO_2 -Ausstoßes an.

Eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung ist allerdings auch die Differenzierung der Gesellschaft in soziale Schichtungen: Parteikader, die Reichen, also eine nationale Bourgeoisie (die inzwischen ihren Reichtum im Ausland in Sicherheit bringt), eine gebildete Mittelschicht und die Armen. Eine Verfestigung der Schichtung führt nicht nur zu sozialen Protesten; sie trägt die Gefahr sozialer Instabilität in sich: Wer eine kapitalistische Grundlage hat, vertritt auch antisozialistische Positionen. Egoismus und Konkurrenzdenken haben sich verbreitet. Die Anbetung des Geldes hat zwangsläufig zu Korruption geführt. Die Kontakte zu den kapitalistischen Zentren tragen dazu bei, dass diese Widersprüche verdeutlicht und auch vom Ausland entsprechend ausgenutzt werden. Unter Intellektuellen ist der ideologische Einfluss aus den USA bemerkbar.

Ein kleinerer Teil der Intellektuellen orientiert sich an Mao. Da der profitorientierte Grundzug in China vor den Universitäten nicht halt gemacht hatte, mussten auch sie sich wie im Westen am Gewinn orientieren. Der gewaltige Anstieg der Zahl der Hochschulabsolventen führte zu einer Entwertung ihrer Arbeitskraft. Durch diese Erfahrung sind immer mehr von ihnen radikalisiert worden.

Mittlerweile geht die Regierung gegen Preisabsprachen internationaler und einheimischer Firmen, gegen überhöhte Preise, Schmiergeldzahlungen und die Verwendung

Verschiebungen unter den 500 größten Konzernen der Welt

1994 waren vier chinesische Firmen unter den 500 größten Konzernen der Welt aus allen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Dienstleistungen, Handel, Finanzwirtschaft) vertreten. 2005 waren es 20 und 2012 dann 89.

1999 standen 107 japanische Konzerne auf der Liste. 2012 waren es noch 62.

Die USA waren 1999 mit 179 Konzernen vertreten. 2012 waren es 132.

1999 waren 161 europäische Unternehmen platziert. 2012 waren es 45, nun auf mehrere Länder verteilt (waren sie 1999 nicht auf mehrere Länder verteilt?).

1999 hatten noch 468 der Multis ihren Sitz in Nordamerika, Europa, Japan und Australien. Auf sie kamen 95 Prozent des Weltumsatzes der 500 größten Konzerne. 2012 sind es noch 359 und ihr Anteil am Weltumsatz liegt noch bei 73,3 Prozent.

2012 gehörten acht brasilianische, acht indische und sieben russische Großkonzerne zu den 500 größten der Welt.

3) Von 1978 bis 1999 wuchs der Anteil der Beschäftigten in Industrie und Dienstleistungssektor, eingeschlossen die Arbeitslosen, an der Gesamtzahl der Werktätigen von 23 Prozent auf 43 Prozent. Der Anteil der nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigung an Chinas Gesamtbeschäftigung wuchs von 31 Prozent 1980 bis 2008 auf 60 Prozent.

4) Die Arbeitsverhältnisse in kleineren Schwellenländern haben Aktivisten zu einer starken Öffentlichkeitsarbeit in der EU veranlasst, um z. B. die Bekleidungsindustrie in Südostasien und die Textilkonzerne zur Verantwortung zu ziehen. Sie bringen auch vor Ort Organisationen zusammen, um gegen die miserablen Arbeitsbedingungen vorzugehen.

Chinas Rolle in Afrika

Verglichen mit Lateinamerika oder Südostasien ist der Anteil Afrikas an Chinas Außenhandel gering. Doch nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist China zum größten Investor auf dem schwarzen Kontinent geworden. Das chinesische Engagement in Afrika erfolgt nicht mehr allein über die Staatsbetriebe; fast die Hälfte der Investitionen kommt aus dem Privatsektor.

China fördert in Afrika dringend benötigte Energie und Rohstoffe, wie Diamanten, Mangan, Kobalt, Chrom, Platin, Bauxit und seltene Erden. Ein Drittel der chinesischen Ölimporte stammt inzwischen aus Afrika. Zunehmend wichtig ist der Kontinent auch als Absatzmarkt, denn der Ressourcenboom lässt dort Kaufkraft entstehen: Afrikanische Konsumenten wollen einfache Produkte, wie China sie zu günstigen Preisen liefert. Dabei verdrängen chinesische Produkte lokal produzierte Güter aus dem Handwerk wie auch z.B. in der Textilbranche.

Um sich im globalen kapitalistischen Konkurrenzkampf zu behaupten und weiterentwickeln zu können, ist Chinas Außenpolitik durch ökonomische Ziele bestimmt. Das hat zu Verhaltensweisen chinesischer Firmen geführt, die heftigen Widerspruch erregt haben. Die am schärfsten formulierte Kritik kam aus Nigeria: China spiele die Rolle des Kolonialisten. Chinesische Firmen mussten lernen, die regionalen Gepflogenheiten zu beachten, sowie sprachliche und kulturelle Unterschiede zu verstehen (was offensichtlich auch im eigenen Lande zu kurz kommt). Sie beachten nun stärker lokale Interessen. Dadurch, dass China in der Lage war, auf afrikanische Kritik zu reagieren (Billigexporte, mangelnde Qualität, nur chinesische Arbeiter bauen die Infrastruktur, schlechte Arbeitsbedingungen im Bergbau), konnten die Beziehungen ausgebaut werden.

Selber noch in der Wirtschaftsentwicklung gespalten, können die Chinesen in ihrer Afrikapolitik nur von den eigenen Erfahrungen ausgehen: So empfehlen sie ihr Modell der Sonderwirtschaftszone, das nun in zahlreichen Ländern eingerichtet worden ist. Durch den Aufbau arbeitsintensiver Fertigung werden Arbeitsplätze für Lohnabhängige vor Ort geschaffen.

Anders als die Unternehmen der kapitalistischen Zentren bietet China mit Unterstützung der chinesischen Banken eine Paketlösung an: Als Gegenleistung für den Abbau von Rohstoffen und die Erdölförderung werden neue Krankenhäuser, Kraftwerke, Kanäle, Häfen und Flughäfen, Schienennetze, Bahnhöfe, Straßen gebaut und Diesellokomotiven geliefert. Der Mobilfunkboom verbessert die Möglichkeiten von Verhandlungen und Zahlungen. Kaufkraft wächst im Lande. Stehen auch hinter dem Ausbau der Infrastrukturen chinesische ökonomische Interessen, das Wirtschaftswachstum afrikanischer Staaten zeigt, welche Bedeutung Chinas Investitionen für den Kontinent haben. Bei aller Kritik ist das auch den afrikanischen Eliten bewusst. Während die Bourgeoisien stärker werden, wird gleichzeitig die weltweite Entwicklung nachgeholt: Die Reste der Subsistenzwirtschaft werden abgelöst; eine Klasse lohnabhängig Beschäftigter wächst heran.

Die günstigen chinesischen Kredite – ohne Bedingungen gegeben – haben die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds IWF in den Hintergrund gedrängt. China kann über seine Sonderwirtschaftszonen in Afrika Wissens- und Technologietransfer mit beiderseitigem Nutzen vorantreiben. Inwieweit die Wirtschaftszonen positive Effekte für die lokale Wirtschaft schaffen können, hängt allerdings stark davon ab, ob auch (private) lokale Entscheidungsträger einbezogen werden. Afrikas Wirtschaftswachstum hat nun wieder das Interesse der kapitalistischen Zentren – besonders Japans – geweckt.

von minderwertigen und gesundheitsgefährdenden Stoffen sowie schlechten Garantiebedingungen vor.

In dieser widerspruchsvollen Entwicklung sind Kinder von Kleinbauern und Arbeitern zu Ärzten, Ingenieuren, Forschern usw. ausgebildet worden. Trotz verstärkter Bemühungen mangelt es allerdings immer noch an medizinischer Versorgung, an Bildung und an Wohnungen, was zu Unmut und Protesten führt. Durch Anhebung der Lebensverhältnisse – was als Sozialismus ausgegeben wird - will die chinesische Führung einer Vertiefung der sozialen Spaltung entgegenwirken. Doch was Sozialismus sein soll, hat nicht einmal eine sozialistische Wirtschaftsgrundlage. Die Zentralregierung will die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse in den Mittelpunkt ihrer Politik rücken und dabei die Bevölkerung einbeziehen. Die verbreitete Korruption und die unerträgliche Umweltverschmutzung, die sich nicht nur im Smog der Millionenstädte zeigt, sollen bekämpft werden. Doch: Profitinteressen und soziale Interessen der Werktätigen stehen sich diametral gegenüber.

Die Entwicklung Chinas ist nicht determiniert. So bleiben Fragen: Können die chinesischen Arbeiter durch ihre Kämpfe die Fähigkeit erwerben die Bevormundung durch Bürokraten zu überwinden? Finden sie dabei Unterstützung in der KPCh? Kann der kontrollierte Kapitalismus so als Phase überwunden werden? Werden die internationalen Verhältnisse diese Prozesse begünstigen oder verhindern? Je geringer der imperialistische Druck auf China ist, desto eher und besser können innere Konflikte ausgetragen werden - ohne die Befürchtung der Unterminierung bzw. Destabilisierung des Staates. Dieser Zusammenhang gilt auch umgekehrt.

Vorherrschaft des Westens unter Führung der USA

Auf der Jagd nach hohen Profitraten leisten die Unternehmen der kapitalistischen Zentren in China und den anderen großen Schwellenländern unfreiwillig einen Beitrag zu deren gesamtwirtschaftlicher Entwicklung. Die enge Verflechtung mit den Ökonomien der kapitalistischen Zentren hat allerdings auch eine verstärkte Einbindung in die Zyklen der Wirtschaftskrisen zur Folge, die damit auch in den Schwellenländern größere Auswirkungen haben; denn fast die Hälfte der Weltproduktion entfällt inzwischen auf die Schwellenländer. Auch die Geldpolitik westlicher Zentralbanken wirkt sich in den Schwellenländern aus.

Durch die weltweite Industrialisierung werden also die antagonistischen Widersprüche des Kapitalismus globalisiert. Besonders China verkürzt den Abstand zur technologischen Spitze auch durch Investitionen beim Kauf von Mittelstandsunternehmen in Hochtechnologieländern. (Kasten zu den größten 500 Unternehmen). Dadurch wächst ihr Einfluss im Weltgefüge. Von allen Schwellenländern ist bei China diese Entwicklung am deutlichsten zu vermerken.

In China sehen die USA, deren Politik darauf ausgerichtet ist, ihren Hegemonieanspruch durchzusetzen, einen Konkurrenten heranwachsen. Konkret zeigt sich diese Problematik bei Chinas Energie- und Rohstoffimporten, die für den Aufbau seiner Industrie unentbehrlich sind. Ein

Beispiel: Um sich der Kontrolle der USA an der Straße von Malakka zu entziehen, über die China seine Importe aus Afrika und dem Mittleren Osten bezieht, bauten die Chinesen eine Öl- und Gaspipeline durch Myanmar (Burma) zum Indischen Ozean.

Die von Deutschland aufgerüstete Militärdiktatur Myanmars hatte in der Wendezeit ihre strategische Bedeutung für den Westen verloren. Sie diente nur noch als Projektionsfläche für Menschenrechtspropaganda, um von der Realität in den Kriegen gegen Jugoslawien und den Irak abzulenken. Sanktionen gegen Myanmar öffneten das Land für wirtschaftliche Beziehungen zu China. Die durch die Pipeline umgangene Kontrolle führte nun zu einer Änderung der US-Politik gegenüber Myanmar. Verloren gegangener Einfluss muss wieder hergestellt werden. Und die Generäle sehen ein Gegengewicht zum Einfluss Chinas im Lande gerne.

Auch das Bestreben der US-Politik, die Konflikte mit dem Iran und zwischen Palästina und Israel zu entschärfen, ist deshalb nicht einer Friedenspolitik des Friedensnobelpreisträgers Obama zuzuschreiben, sondern dem Ziel, sich verstärkt auf den pazifischen Raum konzentrieren zu können, wo der Einfluss der inzwischen führenden Handelsnation China bis in die Südsee gewachsen ist.

Nato-Angriffskrieg 1999 – damals und 15 Jahre danach

Die Kriegsziele 1999

Ziel dieses Kriegseinsatzes war und ist die Nato-Expansion nach Osten. Die Einrichtung von Nato-Stützpunkten insbesondere im Kosovo ist nach wie vor militärstrategisch für die Nato von großer Bedeutung, damit der Westen langfristig in der Lage ist seine geostrategischen Interessen zu verfolgen. Die Vertragslaufzeit der Militärbasis Bondsteel beträgt 75 Jahre, was die Absicht einer dauerhaften Präsenz des US-Militärs im Kosovo deutlich macht. Der sozialistische jugoslawische Staat, mit seinen Resten der Arbeiterselbstverwaltung, stand den genannten Interessen im Weg und musste deswegen beseitigt werden. Infrastruktur und Industrie wurden gezielt zerstört, wodurch auch massenweise Arbeitsplätze vernichtet und die neoliberale Transformation der Wirtschaft erheblich beschleunigt wurde.

Nach dem Krieg von 1999 wurden in vielen Bereichen staatliche Unternehmen privatisiert, wie z.B. im Pharmazie-, Energie-, Nahrungsmittel-, Chemie- und Finanzsektor. 15 Jahre nach den Nato-Angriffen befindet sich der größte Teil der Wirtschafts- und Naturreichtümer Serbiens im Besitz von Konzernen bzw. Kapitalgesellschaften, die aus den Ländern stammen, die am Nato-Krieg teilgenommen haben.

Die sozialen Folgen des Krieges in Serbien

Der Lebensstandard ist im Vergleich zu Zeiten des alten Jugoslawiens stark gesunken. Das Gesundheitssystem leidet unter einem permanenten Mangel finanzieller Mittel und bietet nur eine Basisversorgung. Es sei denn, man hat die Mittel, um Extraleistungen zu finanzieren.

Die Arbeitslosigkeit blieb nach dem Krieg auf einem hohen Niveau und stieg in den letzten Jahren von 19,4 Prozent im Jahr 2010 auf 25 Prozent im Jahr 2013 an. Die Arbeitslosigkeit der jungen Leute lag sogar bei 50 Prozent. Das sind die offiziellen Angaben, in der Realität dürfte die Arbeitslosigkeit noch viel höher sein. Von 2001 bis 2011 wurden 2640 Unternehmen privatisiert, nur wenige erfolgreich; die Hälfte ging inzwischen wieder bankrott. Da in vielen Betrieben die ArbeiterInnen Kleinaktionäre waren und sich so als »Eigentümer« der Betriebe sahen, verloren sie nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern auch ihr Vermögen.

Der monatliche Bruttodurchschnittslohn betrug im Jahr 2012 etwa 500 EUR[1]. 2011 gab es in Serbien 1.732.000 Beschäftigte – davon waren allerdings 130.000 ohne Bezahlung und 400.000 Beschäftigte erhielten nur den garantierten Mindestlohn von rund 180 EUR monatlich. 9,2 Prozent der Bevölkerung lebten Ende 2010 unter der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind Randgruppen wie z.B. die Roma[2].

Die Gewerkschaften hatten im Jahr 2000 noch rund 1 Million Mitglieder. Heute sind es nur noch die Hälfte. Gewerkschafter führen die stark rückläufige Mitgliederzahl auf den Privatisierungsprozess und die Fragmentierung in immer kleinere Einzelgewerkschaften zurück. Es dürfte dafür aber noch einen anderen Grund geben: Der Serbische Gewerkschaftsbund (SSS) gestaltet als Mitglied in einem Dreiergremium von Unternehmerverband, Staat und Gewerkschaftsvertretern den Abbau sozialer Leistungen, die Privatisierungen und die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen sozialpartnerschaftlich mit und wird deshalb von den KollegInnen dafür verantwortlich gemacht. Im gesellschaftlich-ökonomischen Machtkonflikt verlieren die Gewerkschaften deshalb immer mehr an Einfluss[3]. Die Arbeitskämpfe sind aufgrund der Schwäche der Gewerkschaften häufig verzweifelt radikal und greifen zu Mitteln wie Hungerstreik oder Blockaden. So musste im November 2013 die Produktion des Fiat 500L und des Fiat 500L Living in Kragujevac unterbrochen werden, da Zulieferer keine Teile ausliefern konnten. Streikende Mitarbeiter einer Transportfirma blockierten Eisenbahnlinien und Straßen, der Streik entbrannte über nicht ausbezahlte Löhne.

Die Sorge um einen drohenden Staatsbankrott wächst und führt zu weiterer Knechtung abhängig Beschäftigter. Der IWF genehmigte Serbien im Jahr 2009 rund 3 Milliarden Euro, die in drei Raten gezahlt werden sollten und knüpfte die Zahlungen an bestimmte Sparauflagen: Kürzung der öffentlichen Ausgaben, Abbau des staatlichen Verwaltungsapparates, Reform des Rentensystems und Einfrieren der Renten und Gehälter im öffentlichen Dienst[4]. Nach Ansicht des IWF verliefen die Reformen nicht nach (ihrem) Plan. Im Februar 2012 wurde deswegen die Vereinbarung über 1,5 Mrd. Dollar , die im September 2011 für 18 Monate getroffen worden war, ausgesetzt[5].

---

1) Germany Trade and Invest, Wirtschaftsdaten kompakt: Serbien, Stand Oktober 2013
2) Serbien Historische Erblast, Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit(giz), Dez.2013
3) Inge Höger, Alexander Neu, Carsten Albrecht, Reisebericht Serbien/ Kosovo 2013
4) Serbien ist pleite, Wenn es nichts mehr zu sparen gibt, TAZ.de, 30.08.2010
5) Country Report für Investoren und Exporteure Serbien, Seite 19, Oktober 2013

Ende 2012 sah sich die neu ins Amt gekommene Regierung mit einer veritablen Haushaltskrise konfrontiert. Das Haushaltsdefizit erreichte knapp 8 Prozent und die öffentliche Verschuldung 62 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In dieser Situation des drohenden Staatsbankrotts bot der Internationale Währungsfonds Hilfen in Form eines neuen Standby-Arrangements an. Die serbische Regierung verweigerte sich jedoch diesem Hilfsangebot, weil es an die Bedingung diverser, lange geforderter Strukturreformen seitens des IWF geknüpft war. Stattdessen nutzte Belgrad die aktuell günstigen Bedingungen auf dem internationalen Geldmarkt und entschied sich für die Schließung der entstandenen Haushaltslücken durch kommerzielle Kredite[6)].

Vizepremier Aleksandar Vucic teilte im Januar 2014 mit, dass sich Serbien wieder kurz vor der Zahlungsunfähigkeit befindet. Deswegen sollen die Gehälter im Öffentlichen Dienst und staatliche Subventionen gekürzt werden. Steuern, unter anderem die Mehrwertsteuer, sollen erhöht werden. Zugleich sucht das Land wieder Kredithilfe bei Internationalem Währungsfonds und den Vereinigten Arabischen Emiraten[7)].

Einen möglichen Ausweg aus der Krise sieht die serbische Regierung in der Mitgliedschaft der Europäischen Union, die sie bis zum Jahr 2020 anstrebt. Die Beitrittsverhandlungen, die im Januar 2014 in Brüssel begonnen haben, könnten jedoch erhebliche Verschlankungen des Staatsapparates und die Privatisierung von weiteren Staatsbetrieben mit damit einhergehendem Verlust tausender Arbeitsplätze zur Folge haben. Der öffentliche Sektor beschäftigt immerhin noch ca. 100.000 Arbeitnehmer[8)]. Um den Beitrittsbedingungen der EU entgegenzukommen wurden Ende 2013 eine Reihe von Gesetzesänderungen ins serbische Parlament eingebracht. Den Gewerkschaften sind vor allem das Privatisierungs- und Konkursgesetz sowie das geplante neue Arbeitsgesetz ein Dorn im Auge. Die Regierung will dadurch unter anderem die Privatisierung der verbliebenen knapp 600 Staatsunternehmen, welchen der Staat bisher Zuschüsse in Höhe von mehreren hundert Millionen EUR jährlich zukommen ließ, bis Jahresende abschließen. Experten schätzen, dass die Regierungspläne zum Verlust von etwa 30.000 Arbeitsplätzen führen werden, Gewerkschaften fürchten gar um 50.000 Stellen.

Am 10.12.2013 wurde in Belgrad unter dem Motto »Arbeiter sind keine Sklaven« eine Protestaktion gegen das neue Arbeitsgesetz durchgeführt, das zurzeit im Parlament diskutiert wird. Arbeitgebern wird nach dem Gesetzentwurf die Freiheit eingeräumt, selbstständig alle Arbeitsbedingungen für ihren Betrieb zu bestimmen. So erlaubt das neue Arbeitsrecht volle Flexibilität der ArbeiterInnen bezüglich Lohnhöhe, Fristen für die Bezahlungen, Arbeitszeiten, Überstunden, Urlaub usw. Verstärkt wird die Unsicherheit der Beschäftigten dadurch, dass nicht standardisierte Formen der Arbeit wie z.B. befristete Arbeit, Teilzeitarbeit, Vermieten der ArbeiterInnen, mehrere gleichzeitige Arbeitsplätze, usw. als normale Formen der Arbeit gelten sollen.

Dem Kosovo hat die Trennung von Serbien ebenfalls nichts Positives gebracht. Mit den Luftangriffen stellte sich die Nato auf die Seite der UCK. Davon profitierte die kosovo-albanische Bevölkerung jedoch nicht. Viele Menschen wurden durch Flucht und Krieg traumatisiert. Infrastruktur und Häuser wurden zerstört, Streumunition und ca. 10 Tonnen Uranwaffen belasten das Land nachhaltig.

Die soziale Lage der Menschen im Kosovo ist heute katastrophal. Die Gesundheitsversorgung ist unzureichend und die Arbeitslosigkeit ist enorm hoch. Sie liegt Schätzungen zufolge bei rund 45 Prozent und in der Gruppe der 15- bis 25-Jährigen sind über 70 Prozent erwerbslos. Hauptmotor der Wirtschaft sind weiterhin fließende Transferleistungen aus der Diaspora. Das monatliche Durchschnittseinkommen lag im Jahr 2011 bei etwa 300 EUR. Die Verwaltungsstrukturen sind teilweise mangelhaft und Korruption behindert ihre positive Entwicklung[9)]. Die Kriminalität im Land ist hoch. Drogen und- Waffenhandel, Prostitution und Menschenhandel sind verbreitet und werden dem organisierten Verbrechen durch Mafiastrukturen zugeordnet.

Die gesundheitlichen Folgen des Krieges

In Zentralserbien wurden 1999 entgegen der Genfer Konvention viele zivile Einrichtungen durch Militärschläge zerstört. Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Ambulanzen, Rehabilitationszentren, Arzneimittelfabriken, Wasser- und Heizkraftwerke sowie Lebensmittelfabriken wurden getroffen. Systematisch wurde die Infrastruktur des Landes angegriffen. Auch Wohngebiete wurden häufig bombardiert. Michael Rose, ein hochrangiger britischer General, der Einblick in die Natoplanung hatte, sagte dazu: *»Das Ziel war, die Militärmaschinerie Milosevic auszuschalten und zu zerstören, doch das endete in einem Mißerfolg. Daraufhin erweiterte man einfach die Liste der Ziele um sogenannte zivilmilitärische Objekte: Brücken, Straßen, Stromversorgung und Krankenhäuser- und sogar Fernsehstationen....«* Gezielte Angriffe wurden ohne Rücksicht auf internationale Abkommen, wie die ENMOD-Konvention, auch auf Erdölraffinerien, Tanklager, Düngemittelindustrie, Werke der Pharmazeutischen und Chemischen Industrien sowie anderen Produktionsstätten in den Städten Pancevo, Novi Sad, Kragujevac, Bor und anderen Orten durchgeführt. Eine Vielzahl von toxischen, krebserzeugenden Stoffen, wie Dioxine, Furane, Phosgen, Benzo(a)pyren, Quecksilber und anderes, wurden freigesetzt und ging auf die Zivilbevölkerung nieder. Die Schadstoffwerte wurden während des Krieges bis zum 7000-fachen Wert der erlaubten Grenzwerte überschritten. Selbst in Nordgriechenland wurden in der Atmosphäre 15-fach erhöhte Schadstoffkonzentrationen von Dioxinen, Furanen, PCB's u.a. gemessen[11)]. In Pancevo einer Stadt, die nur 30 Kilometer von der Millionenstadt Belgrad entfernt liegt, wurde der Industriekomplex bombardiert. Gezielt wurden auch all jene Tanks getroffen, die der Direktor der Kunststofffabrik als besonders gefährlich an die Nato gemeldet hatte, um eine Katastrophe zu verhindern[12)]. Giftwolken, wie bei einem Großangriff mit C-Waffen, gingen auf die Bevölkerung nieder. 10 Tonnen giftiger Chemikalien, zur Hälfte organische Chlorverbindungen, versickerten unkontrolliert in den Boden oder flossen in die Donau und stellen eine langfristige Gefahr für die Bevölkerung dar. Aus der PVC-Produktion wurden durch das Verbrennen von Vinylchlorid erhebliche Mengen Dioxine und Phosgen freigesetzt. Die schwerwiegenden Folgen solcher Dioxin-Giftattacken sind durch das Unglück

6) Serbien Historische Erblast, Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (giz), Dez.2013

7) Gordana Filipovic und Misha Savic, Serbien steht am Rande des Bankrotts - sagt Vizepremier Vucic, Die Welt, 22.Januar 2014

8) Serbien Historische Erblast,Strukturprobleme, Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit(giz), Dez.2013

9) Auswärtiges Amt. Wirtschaftspolitik, April 2013

10) Sascha Adamek, Hartmut Sommerschuh, Jugoslawien 1999 Nato-Bomben auf Chemieanlagen, rbb

11) Monitor, 20.05.1999

12) Sascha Adamek, Hartmut Sommerschuh, Jugoslawien 1999 Nato-Bomben auf Chemieanlagen, rbb

13) Ljiljana Verner, Angelika Voß, Die verschwiegenen Auswirkungen der Neuen Kriege Das Beispiel Jugoslawien, IPPNW Akzente, Januar 2006

Das Sieben-Brücken-Projekt

Am 23. April 1999 zerstörten Kampfflieger der Nato gegen 2:00 Uhr nachts völkerrechtswidrig das Gebäude des Senders Radio Televizija Srbije (RTS). Dabei wurden 16 Mitarbeiter getötet und sieben Kinder verloren ihre Väter. Der Angriff kam überraschend. Auch der damalige Direktor Dragoljub Milanovic hatte keine Vorahnung. Er arbeitete bis spät in der Nacht an einem Sendebeitrag über die russischen Vermittlungsbemühungen Tschernomyrdins und verließ den Sender erst spät, etwa eine halbe Stunde vor dem Angriff. Dennoch wurde er anstelle der Nato-Verantwortlichen für den Tod der 16 RTS Mitarbeiter im Jahr 2002 ganz im Sinne der Nato-Siegerjustiz zu 10 Jahren Haftstrafe verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, er hätte seine Mitarbeiter nicht gewarnt und vorsorglich nach Hause geschickt. Der damalige gewerkschaftliche Vertrauensmann der RTS-Beschäftigten hatte an jenem 23. April Tagesschicht. Er sagte dazu : »Ja, wir waren schon insofern gewarnt, als NATO-Generalsekretär Solana gleich zu Beginn des Krieges das Fernsehen zur Propagandaeinrichtung und damit zum militärischen Ziel erklärt hatte. Aber hätten wir etwa den Aggressoren den Gefallen tun sollen, unsererseits den Sendebetrieb einzustellen? Uns fiel auf, dass die Vertreter von CNN und anderen ausländischen Sendern ihre Büros in unserem Fernsehgebäude jedesmal eine Stunde vor einem Bombenalarm räumten und eine Stunde nach dem Alarm zurückkehrten. Sie müssen also wirklich gewarnt gewesen sein. Aber hätten wir denn jedes mal mitgehen und die Zuschauer im Stich lassen sollen? NATO-Sprecher Shea sagte in Brüssel am Tag vor dem Angriff, es sei nicht beabsichtigt, unser Fernsehen anzugreifen. Insofern konnten wir uns sicherer wähnen als zuvor. Allenfalls hätte uns einfallen können, dass dieser Mann immer gelogen hat und dass deswegen auch diese Entwarnung eine Lüge sein mußte. So klug war leider keiner von uns. Sonst wäre wohl die Mutter unseres damaligen Informationsministers, Angelina Vucic, die seit langem beim Fernsehen arbeitete, nicht im Gebäude gewesen.«[1)] Erst Ende August 2012 wurde Dragoljub Milanovic aus dem Gefängnis entlassen.

Im März 2000 fuhr eine Delegation des Kasseler Friedensforums nach Belgrad und lernte die Angehörigen der getöteten RTS-Mitarbeiter kennen. Nach der Reise übernahm das Kasseler Friedensforum die Patenschaft für die sieben hinterbliebenen Kinder. Das Projekt wird Sieben Brücken genannt, da für sieben Kinder eine Brücke der Verständigung ins Leben gerufen wurde. Alle Kinder bekommen bis zum Ende ihrer Ausbildung eine monatliche Unterstützung, die aus Spendengeldern finanziert wird. Die beiden jüngsten Kinder sind heute noch in der Ausbildung. Monatlich bekommen sie 60,- Euro. Noch immer besteht ein enger Kontakt zu Kollegen von RTS und bei Besuchen gibt es ein Treffen mit den Familien des Sieben-Brücken-Projektes. ■

1)Eckart Spoo, Kinder in Belgrad, Ossietzky, Nr.:5/2001

Spendenaufruf: Auch Mitglieder der Gruppe »Dialog von unten« und Leser und Leserinnen der »Arbeiterpolitik« haben in der Vergangenheit für das Sieben-Brücken-Projekt gespendet. Da noch immer zwei der betroffenen Kinder in der Ausbildung sind, bitten wir hiermit erneut um Spenden auf das Konto *Sieben Brücken:*

Treuhandkonto
Kasseler Friedensforum, B. Malzan
Konto: 1017002294, BLZ: 520 503 53
IBAN: DE79 5205 0353 1017 0022 94
BIC: HELADEF1KAS

von Seveso oder den Einsatz von Agent Orange in Vietnam bekannt. Freigesetztes Phosgen kann zu Lungenödemen führen. Die Behandlung der Vergiftungsopfer wurde in der ohnehin kritischen Situation, durch ein zweimaliges Bombardement des Krankenhauses verhindert[13)].

Mitte Juli 1999 besuchten WHO und UNEP die Industrie-anlagen von Pancevo. Intern sprachen die UN-Experten von einer der größten Chemiekatastrophen[14)].

Die Folgen des Einsatzes von Uranmunition

Die Verwendung von Uranmunition, die erstmals in Jugoslawien 1994/95 in Bosnien Herzegowina erfolgte, ist ein weiteres unglaubliches Kriegsverbrechen. Beim Aufprall der panzerbrechenden Uranwaffen auf ihr Ziel werden radio- und chemotoxische Uranoxidaerosole in Nanopartikelgröße freigesetzt. Uran wirkt sehr gesundheitsschädigend, wenn es in den menschlichen Oraganismus gelangt. Die Aerosole verteilen sich mit Wind und Wetter in der Umwelt und können von jedermann eingeatmet werden. Nicht explodierte Urangeschosse sind oft metertief im Erdreich verschwunden und zersetzen sich dort. Wasserlösliche Uranverbindungen können dabei ins Grundwasser und in die Nahrungskette gelangen. Uranmunition führt u.a. zur Schwächung des Immunsystems, zu Krebserkrankungen, insbesondere zu Blut- und Knochenkrebs, sowie zu Fehl- und Frühgeburten, Mißbildungen bei Neugeborenen und Schädigungen von Leber und Nieren.

Die Radiobiologin Rosalie Bertell hebt hervor, dass sich Gesundheitsschäden potenzieren, wenn das radiotoxische Uran mit anderen hochtoxischen und kanzerogenen Stoffen im Körper zusammen agiert. Dieses Kriegsverbrechen endet im Prinzip nie, denn die Genschäden werden langfristig weiter vererbt und die Halbwertzeit von Uran 238 beträgt 4,5 Milliarden Jahre.

1999 wurden 31.000 Uranprojektile vorwiegend im Kosovo, aber auch an verschiedenen Orten in Zentralserbien (bekannt sind Vranje und Bujanovac) und Montenegro (Arza Cape) eingesetzt.

In den Jahren 1997 bis 2000 wurden in der Klinik Kosovska Mitrovica (Nordkosovo) klinische Untersuchungen an 30.000 Patienten durchgeführt. Die malignen Erkrankungen in der Urologie stiegen in diesem Zeitraum von 1,6 auf 16 Prozent; Lungenkrebserkrankungen erhöhten sich von 2,6 auf 22 Prozent. Bei Kindern wurde im Jahr 2002 ein gehäuftes Auftreten maligner Erkrankungen der hämatopoetischen Organe (Thymus, Milz, Knochenmark) festgestellt. Weiterhin kam es zu vermehrten Fehlgeburten, aufgrund von Degenerationen der Föten[15]. Nach Angaben von Professor Stanojevic (Gynäkologische Klinik Belgrad) werden heute im Kosovo 10- bis 20-mal so viele Kinder mit Fehlbildungen geboren wie vor 1999. Der Arzt Dr. Nebojsa Srbljak aus Kosovska Mitrovica gab bekannt, dass bis 1998 nur 1 Kind von 1000 an Leukämie erkrankt war. Im Jahr 2008 waren es dann 10 bis 15 Kinder[16].

Veröffentlichte Zahlen des Instituts für Öffentliche Gesundheit von Dr. Milan Jovanovic Batut zeigen im Zeitraum von 2001 bis 2009 für Zentralserbien durchschnittlich einen Anstieg aller Krebsarten von 17 Prozent. Die Rate für Leukämie stieg sogar um 91,2 Prozent an[17]. Dabei gibt es regionale Unterschiede. Beispielsweise erhöhte sich die Krebsrate in Pancevo im Verlauf von 10 Jahren um 329 Prozent, wofür die Nato-Angriffe auf die Chemieindustrie sicherlich mitverantwortlich sind. Nach Informationen von Ärzten aus dem Krankenhaus Vranje wurden 1998 21 Kinder mit Missbildungen zur Welt gebracht. Bei gleicher Geburtenrate stieg die Zahl im Jahr 2008 auf 73 Fälle[19]. ■

15)Dr.N.Srbljak, S.Milenkovic, M.Cvekovic, Innere- und Anestesiologische Abteilung, G.Z. Kosovska Mitrovica
16)Andjelkovic – Lukic M.: Serbien- gestern und heute, Zeit-Fragen 28. Mai 2013
17)Published in „Cancer“magazine, issue No.72, 2009, issue No.76, 2010

18)Sascha Adamek, Hartmut Sommerschuh, Jugoslawien 1999 Nato-Bomben auf Chemieanlagen, rbb
19)Andjelkovic, Lukic M. : Serbien- gestern und heute, Zeit-Fragen 28. Mai 2013

Petition gegen den Einsatz von Uran-Munition:

Die von der **ICBUW Deutschland** (International Coalition to Ban Uranium Weapons in Deutschland) verfasste Petition zählt aktuell ca. 3500 Unterschriften. In der Petition werden Bundestag und Bundesregierung aufgefodert, sich für eine umfassende Ächtung von Uranmunition einzusetzen.

www.openpetition.de/petition/online/uranmunition-aechten

Die Petition wird bis Anfang November auf Open-Petition verlängert.

Karin Bruhn ist gestorben

Sie wurde nur 66 Jahre alt. Am 7. März 2014 wurde sie auf dem Eichhof-Friedhof in Kiel bestattet.

An der Trauerfeier nahmen ausser ihrer Familie und ihren (engen) Freundinnen viele Menschen aus der alternativen Szene Kiels teil, für deren Buchhaltung und Bilanzen Karin als »gute Seele« über Jahrzehnte selbstlos und mit unglaublichem Engagement gesorgt hatte.

In Kiel gab es in den 70ern eine kleine Arpo-Gruppe. Karin (und ihre Schwester Christa) gehörten dazu. Immer, wenn es galt, in Kiel Kontakte zu kriegen zu KollegInnen aus Betrieben, besonders aus Werften, waren die beiden vorneweg.

Einige Jahre wurde der Rundbrief von ihnen und Hamburgern gemacht. Auf den Jahreskonferenzen waren sie immer dabei.

Nachdem sich die Kieler Gruppe aufgelöst hatte, kam Karin noch mehrere Jahre oft zu den Arpo-Treffen nach Hamburg. Sie sagte: Ich brauch das, auf den Gruppenabenden zu sein und Pepp zu hören, dann bin ich für mehrere Wochen wieder aufgetankt.

Danach war sie in Kiel in der Frauenbewegung, der antifaschistischen und ökologischen Bewegung engagiert. Wo immer ihr »Ungerechtigkeiten«, Benachteiligungen oder politische Schweinereien bekannt wurden, ging sie auf die Barrikaden. Ihre Geradlinigkeit und ihr Zorn auf die politischen Verhältnisse liessen auch mit zunehmendem Alter niemals nach.

Ihre zweite grosse Leidenschaft neben ihrem beruflichen Engagement war das Lesen, war die Literatur. Dies war für sie Entspannung, Anregung, Eintauchen in andere Zeiten und Welten. Stundenlang konnte man sich mit ihr über den jeweiligen Lesestoff austauschen. Doch wenn man, ohne sich etwas dabei zu denken, hintereinander über mehrere Autoren männlichen Geschlechts gesprochen oder diese empfohlen hatte, bekam man immer wieder und mit Sicherheit zu hören: Oh Scheisse, kannst Du nicht auch mal 'ne Autorin empfehlen? Oder: Oh nee, jetzt muss ich aber erst mal wieder 'ne Frau lesen.

Im August 2012 erfuhr sie von ihrer Krebs-Erkrankung. Sie gab von heute auf morgen ihren Beruf auf, was sie sich zuvor nie hätte vorstellen können. Der Endlichkeit des Daseins wollte sie jetzt noch eine intensive und gute – wenn auch kurze – Zeit für sich persönlich mit ihren Kindern und ihren engen Freundinnen abringen. Sie war zufrieden, dass ihr dies noch gegeben war, und meinte: Dann bin ich jetzt auf der Zielgeraden.

In dieser schweren Zeit wurde sie von ihren beiden Kindern, deren Lebensgefährten und fünf Freundinnen umsorgt, bis zuletzt. Sie gaben damit etwas an Karin zurück, was sie von ihr in den Jahrzehnten zuvor geschenkt bekommen hatten. Karin, wir danken Dir, wir mochten Dich, Deine offene und Gerade-heraus-Art wird uns fehlen.

B. und D. aus Hamburg